

4. Die Koordination von Engagement als Assembling-Prozess

Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, dass die Vielfalt von Akteur*innen und Organisationen zwischen ›Individuum‹ und ›Staat‹ gewachsen ist und dabei ganz unterschiedliche Beziehungen und Netzwerke entstanden sind. Das Thema der nächsten beiden Kapitel ist die Erörterung des institutionellen Platzes, den die Akteur*innen und Organisationen in der Assemblage mit ihrem Engagement innerhalb kommunaler Verwaltungsstrukturen einnehmen. Am Beispiel Leipzig gehe ich in diesem Kapitel der Frage nach den historisch gewachsenen Einbettungsformen des Engagements innerhalb einer Kommune nach. Welche Funktionen, welche Diskurse und Policies werden mit dem freiwilligen Engagement aus der Perspektive staatlicher Institutionen verbunden? Welche Rolle schreibt man dem Individuum im Staat zu und wie wird dies legitimiert? In diesem Kapitel geht es um die Anfangsphase des Engagements und die Frage, welche Institutionen sich für die Zuordnung von Engagierten zu den Hilfsbedarfen entwickelten. Im darauffolgenden Kapitel betrachte ich die fortgeschrittenen Phasen institutioneller Einbettung.

Ich beginne mit einer Darstellung der Entwicklungen des Engagement allgemein in Deutschland. Da in der Forschungsliteratur das Engagement in der DDR nur randständig Beachtung findet, habe ich auch diesem Aspekt hier viel Platz eingeräumt. In meinem Forschungsfeld waren individuelle Erfahrungen der Freiwilligen sowie die Auseinandersetzung mit den Strukturen, die die DDR-Zeit hinterlassen hat, häufig Thema. Ich zeige auf, dass der Ansatz von Thelen, Vettters und Benda-Beckmann (2018), ›Staat‹ vor allem *relational* zu analysieren, das heißt in der Beziehung, die die Individuen selbst ihm gegenüber beschreiben, gerade auch in der Analyse von biografischen Erinnerungen relevant und erkenntnisbringend ist. Ich diskutiere in diesem Zusammenhang sowohl die historischen Entwicklungen von Engagement in Leipzig als auch das Subsidiaritätsprinzip als Teil eines »Dispositivs« (Foucault 1978: 119f.). Das bedeutet, es als Bestandteil einer gewachsenen gesellschaftlichen und infrastrukturellen Grundlage für die vielfältigen Unterstützungsstrukturen im Forschungszeitraum zu betrachten. Denn das Prinzip, dass ›nicht-staatliche‹ Akteur*innen kurzfristig Einspringen, ist weder neu noch ungewöhnlich. Was neu war ist, dass eine so *große* Akteursgruppe entstanden ist, deren

Wirken weder über einen zugewiesenen Aufgabenbereich noch über Koordinierungsinstrumente klar definiert war. Die Prozesse, die dies in der Praxis abstecken, bezeichne ich als *Assembling*, weil sie Auskunft darüber geben, wie sich die asylpolitische Assemblage entwickelt. Welche Rolle sollen Freiwillige und freiwillige Arbeit darin einnehmen? Wie wird diese Platzzuweisung gesteuert und durch wen? *Assembling* rekuriert dabei auf die dynamische Konstitution der Assemblage und begreift daher die Zusammensetzungsprozesse von Diskursen, Policies und anderer Elemente als die Mechanismen der Institutionalisierung und Kategorisierung von Engagement. Im vorherigen Kapitel ging es dabei um ›politische‹ und ›apolitische‹ Kodierungen. In diesem Kapitel ist der Blick auf sich institutionalisierende Prozesse des Zusammenführens zentral. Auch dabei verdeutlichen Kategorisierungsprozesse die Momenthaftigkeit und Arbitrarität der Geschehnisse.

Diese Fragen leiten den empirischen Teil dieses Kapitels, der die institutionelle Einbettung des Engagements für Geflüchtete in Leipzig analysiert. Die Koordination von Engagement in den Jahren 2015/2016 musste neu reguliert werden, weil Freiwillige eine hohe Zahl der anfallenden Aufgaben übernahmen. Um sie den Aufgaben zuzuordnen, entwickelten sich Verfahren und Institutionen, die dieses *Matching* steuerten. Grundgedanke war, dass man das bestehende Engagement so effektiv wie möglich nutzen wollte. Dazu bedurfte es gezielter Zuweisung, welche aufgrund der an mehreren Stellen gleichzeitig gewachsenen und daher schwer zu überschauenden Assemblage schwierig war (vgl. Kapitel 4.2). Es entstanden Koordinationsstellen, die nicht nur diese Vernetzungsarbeit leisteten, sondern auch die Freiwilligen in ihrem Alltag mit der Aufgabenunklarheit unterstützen wollten. Wissen über Aufgabenbereiche und persönliche Grenzen sollte vermittelt werden. Dies alles etablierte sich für mich als neu beobachtete Konventionen: Zum einen die *Prüfung* von Freiwilligen, um sie in das Netzwerk einzuschleusen (vgl. Kapitel 4.3.1) und zum anderen die *Planung* des Engagements, die eng mit diesen neu geschaffenen Prüfkriterien zusammenhängt (vgl. Kapitel 4.3.2). Dabei wird deutlich, dass ein Widerspruch besteht zwischen dem politischen Wunsch nach offenen Begegnungsorten zwischen Stadtgesellschaft und Geflüchteten und der praktischen Unterstützung von Individuen und Organisationen, die diese Policy konkret umsetzen wollen.

4.1 Die Rolle des Engagements im Staat: Neuverhandlungen des Subsidiaritätsprinzips

Freiwilliges Engagement nimmt immer wieder verschiedene Rollen in einem Staat ein. Es wird mit Diskursen und Policies verknüpft, die die Grenzziehungen zwischen Staat und Individuum (re)produzieren. Im Folgenden gebe ich einen Überblick über relevante Prozesse und diskutiere vor diesem Hintergrund die Neuver-

handlung des Subsidiaritätsprinzips im Kontext des Engagements in der Hilfe für Geflüchtete.

4.1.1 Perspektiven auf Engagement in der DDR

Das Engagement in der DDR wird in der deutschen Engagementforschung häufig ausgeklammert. Die Beschreibungen über das Engagement in ›Deutschland‹ beziehen sich dabei vor allem auf die ›alten‹ Bundesländer. Sie werden differenziert betrachtet und in einer kontinuierlichen Entwicklungslinie von den 70er Jahren bis heute erzählt. Die Entwicklungen werden in Phasen unterteilt (vgl. van Dyk und Haubner 2019) oder auch als eine Folge unterschiedlicher Dispositive diskutiert (vgl. Neumann 2016). Das Engagement in der DDR hingegen wird randständig behandelt, homogenisiert, nur in einer Fußnote oder nicht erwähnt (vgl. z.B. Neumann 2016: 119). Dadurch wird der Eindruck erweckt, dass die Entwicklungen in Westdeutschland standardisiert würden und das Engagement in der DDR daran gemessen werde, ohne eine Adaption an die alternierenden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umstände vorzunehmen. Der Politikwissenschaftler Roland Roth beispielsweise schreibt, die Entwicklungen in Bezug auf »Politisierung und Konfliktorientierung« in der »Kommunalpolitik in Westdeutschland« hätten in »Ostdeutschland keine Entsprechung«, wodurch »der politische Raum bürger-schaftlicher Selbsttätigkeit eng begrenzt« sei (Roth 2001: 21).

Im Zentrum der wissenschaftlichen Betrachtung des Engagements in der DDR stehen staatlich erzwungene Freiwilligkeit, die Überwachung und die Sanktionierung von Fehlverhalten (vgl. Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015: 2). Daniela Neumann erläutert in ihrer Studie *»Das Ehrenamt nutzen: Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland«* (2016: 119) das Engagement in der DDR nur in einer Fußnote. Dort heißt es: »Die Übernahme von Tätigkeiten [...] geschah jedoch nicht immer freiwillig, sondern wurde als Zeichen für ein pro-sozialistisches Verhalten staatlich eingefordert und überwacht.« Ausschließliche Beschreibungen wie diese vermitteln nicht nur einen homogenisierenden Blick auf das Leben in der DDR, sondern ebenso ein einseitiges Bild von Gouvernamentalität, also den Möglichkeiten ›staatlicher‹ Macht, individuelles Handeln zu beeinflussen. An anderen Stellen der Studie, in denen es um Westdeutschland geht, hinterfragt die Autorin dies zwar kritisch in Bezug auf das heutige Deutschland – so geht Neumann beispielsweise auf die »Schwachstellen der Gouvernamentalitätstheorie« von Michel Foucault ein

(Neumann 2016: 18).¹ Sie bezieht diese Erkenntnisse jedoch nicht auf die DDR.² Nun ist dies auch nicht ihr Forschungsfokus, ich führe dieses Beispiel jedoch an, weil es symptomatisch für die wissenschaftliche Beschäftigung mit Thema *Engagement in Deutschland* ist. Erkenntnisse über Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten in der Policy- und Gouvernementalitätsforschung müssen aber auch auf das Leben in der DDR übertragen werden.

Sandra Matthäus (2016: 6) stellt in ihrem einleitenden Beitrag zum Sammelband »Der Osten: Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven auf einen komplexen Gegenstand jenseits von Verurteilung und Verklärung« (Matthäus und Kubiak 2016) überblickshaft dar, dass Forschungen, die aus der Perspektive der »Vermessung der Abweichung ›des Ostens‹ vom Standard« heraus argumentieren, immer noch dominierend sind.³ Die Beiträge des Sammelbands stellen einen Gegenentwurf dazu dar. Der Sozial-Anthropologe Felix Ringel macht dies beispielsweise anhand seiner Forschung in der sächsischen Kreisstadt Hoyerswerda deutlich. Er zeigt auf, dass beispielsweise Wende- und Ost-Erfahrungen zu alleinigen Erklärungsmustern für Rassismus im Osten definiert werden (Ringel 2016: 145). Er stellt die »Prämisse der kulturellen Andersartigkeit in Frage« (ebd.: 146) und ermöglicht so eine Analyse jenseits von »vorstrukturiert[en]« (ebd.: 145) Argumentationsmustern.

Die anthropologische Transformationsforschung zeigt sowohl durch neuere Studien wie die von Ringel sowie auch schon durch die Arbeiten von Daphne Berdahl (1999) in Deutschland, oder auch Katherine Verdery (1996) in Rumänien – um nur einige wenige zu nennen – auf, dass die Vorstellung von zwei homogenen Entwicklungssträngen in westlichen vs. postsozialistischen⁴ Gesellschaften der Realität nicht standhält (vgl. Vonderau 2010: 19ff.). Heute werden Vorstellungen einer linearen Entwicklung postsozialistischer Länder hin zum demokratischen Wesen westlicher Länder mit dem Ende der Sowjetunion als großer Übergang (*Transition*) abgelehnt (vgl. Verdery 1996: 16). Der begriffliche Wandel hin zur *Transformation*

-
- 1 »[...] [E]twa die spiegelbildliche Gleichsetzung von Programm und Praxis, das Fehlen einer den empirischen Forschungsprozess anleitenden, method(olog)ischen Systematisierung und die Vernachlässigung des multidimensionalen Praxisvollzugs sowie diskursiver Kämpfe und Verwerfungen« (Neumann 2016: 18).
 - 2 Mir ist bewusst, dass es in der Beziehung von »Programm und Praxis« erhebliche Unterschiede gibt zwischen den Staatssystemen der DDR und der BRD, gleichzeitig gibt es genügend Studien, die aufzeigen, dass auch in der DDR keine »Gleichsetzung von Programm und Praxis« bestand (vgl. Mau 2019).
 - 3 »Exemplarisch hierfür stehen u.a. Forschungen zum Komplex der »Nachholenden Modernisierung« [...], die den neuen Bundesländern Defizite in Bezug auf Demokratie [...], Zivilgesellschaft [...] und Arbeitsmarkt [...] bescheinigen, weshalb Ostdeutschland u.a. besonders vom Problem des Rechtsextremismus [...] betroffen sei« (Matthäus 2016: 6).
 - 4 Dazu gehört auch, den Begriff *postsozialistisch* zu hinterfragen: Wie lange noch sollen die Länder postsozialistisch sein bzw. in ein solches analytisches Schema gepackt werden? (vgl. Humphrey 2002; vgl. Vonderau 2010: 24ff.).

geht überein mit einem löchrigeren gesellschaftlichen Übergang, in dem »Wandel und Kontinuität« (Vonderau 2010: 24) gleichzeitig und an unterschiedlichen Orten auf unterschiedliche Weise zu unterschiedlichen Zeiten passieren.

Bezogen auf mein Forschungsfeld bedeutet das zum einen, dass von heterogenen Hilfsstrukturen sowohl in den »alten« als auch in den »neuen« Bundesländern ausgegangen werden muss. Diese sind schwierig zu fassen. Die Engagementpraxen, die in der DDR unter dem Radar der staatlichen Kontrolle stattfanden, haben offensichtlich wenig Beachtung in der Rezeption des bürgerschaftlichen Engagements der DDR gefunden. Dabei ist ihr umfassendes Verständnis bedeutsam, um zu verstehen, welche individuellen Bezüge die Menschen in den »neuen« Bundesländern auch heute herstellen und um beispielsweise widersprüchliche quantitative Befunde erklären zu können. Statistische Erhebungen zur Vereinstätigkeit in Deutschland beispielsweise können nicht übereinstimmend bestätigen, dass aus den unterschiedlichen Entwicklungen ein abweichendes Verhalten im Engagement in den »neuen« und »alten« Bundesländern entstanden ist (vgl. Frantzen und Botzen 2011: 398). Vereine können als ein Marker für institutionalisiertes Engagement angesehen werden, weil durch die Aufnahme in ein Vereinsregister eine Möglichkeit gegeben ist, Engagement quantitativ sichtbar zu machen. Die Vereinsdichte in Deutschland ist jedoch »sehr heterogen verteilt. Es ist weder ein Ost-West-Gefälle noch ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen« (ebd.: 398; vgl. Berbée et al. 2021: 5). Auch die verschiedenen Umfragen über individuelles Engagement in Ost und West können keine gesicherte Erkenntnis darüber geben, ob es Unterschiede gibt, und wenn ja, welche: »Bei Extremwerten zwischen 37 und 9 Prozent bürgerschaftlich Aktiver in Ostdeutschland kann noch immer von einem empirischen Chaos gesprochen werden.« (Roth 2001: 17) Das schließt ein, dass es Erhebungen gibt, die Unterschiede feststellen. Die aktuellere Meta-Studie von Jennifer Klöckner ergab zum Beispiel eine »Tendenz zu geringerem institutionalisiertem Engagement im Osten« (2016: 112). Das Nachlassen von individuellem Engagement nach 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde von Klöckner in Zusammenhang gesetzt mit dem Erleben des »freiwilligen Zwang[s] [...], unbezahlte Arbeit in der Freizeit« auszuüben (2016: 56). Die Menschen hätten, so die Soziologin weiter, »überdies hinaus keine moralische Verpflichtung empfunden, sich zu engagieren« (Klöckner 2016: 56). Eine solche Betrachtung negiert die individuellen Aneignungsprozesse von Handlungen, die in der persönlichen Erinnerung durchaus zu eigenen Engagementerfahrungen geführt haben. Dadurch wird ein einseitiges Bild von scheinbar ausschließlich staatlich geleiteten Individuen reproduziert. Neben der politischen Erfahrung wurden auch die »sozial prekäre Lebenslagen großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung« als Grund angeführt, dass die für ein Engagement notwendige Saturiertheit oftmals nicht gegeben war (Brand 2010: 142, vgl. Aner und Hammer-schmidt 2010: 92). Ende der 1990er Jahre steigt die Engagement-Quote in den ehe-

maligen DDR-Gebieten wieder langsam an, während im Rest Deutschlands eine »stetigere Entwicklung« beobachtbar war (Corsten und Grüner 2010).

Im folgenden Abschnitt möchte ich am Beispiel meiner Befunde in Leipzig Raum geben für individuelle Erfahrungen und theoretische Überlegungen zu deren wissenschaftlicher Einbettung in die Analyse von Engagementstrukturen in den »neuen« Bundesländern.

4.1.1.1 Engagement zwischen staatlichem Zwang und Souveränität

Eine meiner Kontaktpersonen, Klara Schönberg, erzählte mir von ihren Erinnerungen an das Engagement in der DDR in Leipzig. Sie arbeitet seit 2011 hauptberuflich in einem Leipziger Verein, der Freiwillige vermittelt. Klara reflektierte im Gespräch ihre Erinnerungen an das Engagement in der DDR und stellte diese in einen Kontext mit Herausforderungen und Schwierigkeiten des Engagements heute. Wir sprachen eigentlich über die Arbeit des Vereins, doch sie brachte dieses Thema in das Gespräch ein. Ihre eigenen Erinnerungen wechselten sich im Gespräch immer wieder mit den Beobachtungen in ihrem Arbeitskontext ab.

Sie sagte, die zahlreichen, aus den »alten« Bundesländern zugezogenen, älteren Leute in Leipzig hätten es heute leichter ein Engagement zu beginnen. Sie führte dies zurück auf die Form von Ehrenamt, die es im Osten gegeben habe: nicht so verbreitet und »staatlich oktroyiert« (Gedächtnisprotokoll Interview Klara Schönberg 12.12.19). Menschen im Ruhestand hätten es daher heute schwerer, eigenständig und eigeninitiativ ins Ehrenamt zu kommen und seien den Anforderungen nicht so gewachsen, auch weil sie noch keine »positiven Erfahrungen« (ebd. 12.12.19) mit dem Engagement gesammelt hätten.

Ich fragte nach, was genau denn damals »staatlich oktroyiert« war im Ehrenamt. Daraufhin fing sie an zu erzählen, wie sie damals selbst die »Rote Rose der Nachbarschaftshilfe« (ebd.: 12.12.19) verliehen bekommen habe. Sie sagte, das Engagement sei gesteuert gewesen. »Es gab die Volkssolidarität, kirchliche Vereine, obwohl die ja auch nicht so gemocht wurden.« (ebd. 12.12.19) Es war so »konform« und klar, »dass überall jemand ist, der ein Auge draufhat« (ebd. 12.12.19). Dann jedoch begann sie, diesen Beschreibungen noch eine kontrastierende eigene Erinnerung hinzuzufügen: »Ich erinnere mich an *Timur und sein Trupp*. Ich habe auch mit Kindern aus der Nachbarschaft so eine Gruppe gebildet und wir haben überall aufgeräumt und so weiter. Das haben wir uns dann aber selbst organisiert.« (ebd.: 12.12.2019) Dieser letzte Satz wirkte wie eine Emanzipation von der zuvor beschriebenen staatlichen Einbettung des Engagements. Stolz schwang mit. Es erscheint mir wie die Beschreibung ihrer *eigenen* positiven Engagementenerfahrung, die sie für sich behalten will; die sie nicht der staatlichen Koordination und Kontrolle zuschreiben will. Sich einbringen, so erklärte sie weiter, war erstmal nur in staatlichen Organisationen *möglich*. »Aber solche Sachen wie Hoffeste gab es

schon auch. Auch Nachbarschaftshilfe, da ist schon viel gelaufen.« (ebd. 12.12.19) Wenn der ›Staat‹ überall ist, wieviel Raum ist da überhaupt, etwas unabhängig vom ›Staat‹ zu tun?

Dieses Buch, »*Timur und sein Trupp*« von Arkadij P. Gajdar (1973), welches in ihr diese Erinnerung mit einem Lächeln hervorrief, war sozialistische Pflichtlektüre. Es diente Kindern und Jugendlichen als Vorbild der Nachbarschaftshilfe. In dieser Geschichte wurden Werte wie Freundschaft und Solidarität vermittelt. Auch das, was Klara als ihr Eigenes beschreibt, entstammt einem geplanten Kanon der sozialistischen Bildung. Vielleicht würde jemand anderes die Erinnerung an dieses Buch und die damit verbundene Idee als eine Geschichte staatlicher Propaganda im Schulunterricht erzählen. Wie eigenmächtig welche Handlung erinnert wird, ist – so wird hier deutlich – individuell verschieden. Nicht-staatliche, eigene Handlungsfelder wurden angesichts der staatlichen Omnipräsenz individuell definiert. Wenn über die Bedeutung von Engagementerfahrung in der DDR gesprochen wird, sind auch diese eigenen Deutungen relevant, weil sie zu der individuellen, eigenen Wahrnehmung von sich selbst gegenüber ›dem Staat‹ führen (vgl. Thelen, Veters und Benda-Beckmann 2018). Gerade dort, wo der paternalistische Staatsapparat der DDR noch viel mehr »monolithic and indivisible« (Abrams 1988) erschien, als es demokratische Staaten heute tun, ist es für die Analyse fruchtbar, im Sinne der *Stategraphy* auf die ambivalenten Alltagsbeziehungen und Deutungen der eigenen Handlungen innerhalb einer von staatlichen Strukturen durchwachsenden Gesellschaft zu blicken. Insbesondere, wenn der Staat scheinbar überall ist, wie dies oft in Bezug auf das Engagement beschrieben wurde, ist es bedeutsam, in den Beschreibungen der Menschen nach der individuellen Deutung ihrer eigenen Wirkmächtigkeit zu suchen.

Neben den Erzählungen von Freiwilligen wie Heinz Brand, der zu denjenigen gehörte, deren Engagement im Kontext der Kirche innerhalb eines Schutzraumes vor staatlichen Eingriffen stattfand (vgl. Kapitel 3.2.4), beschreibt Klara Schönbergs Episode die weniger sichtbaren, widerständigen Formen des Engagements in der DDR. Die teils ambivalenten Erinnerungen und Schlussfolgerungen von Klara Schönberg dienen hier als Exempel für die nicht klar greifbare, schwer zu beschreibende Funktion, Rolle und Bedeutung des Engagements in der DDR für die Beteiligten selbst. Diese Platzierung der eigenen Handlungen im Kontext enger staatlicher Vorgaben erlebte ich in Erzählungen als unterschiedlich stark ausgeprägte Abgrenzungsprozesse, sei es in den Geschichten in meinem familiären

Umfeld⁵ oder während der Feldforschung (vgl. Kurt Wittner in Kapitel 3.2.4; vgl. Pfarrer Lange in Kapitel 7.2).

Solche Abgrenzungen gegenüber einer vermeintlichen staatlichen Steuerung der eigenen Handlungen zugunsten einer Homogenisierung der Bevölkerung, wurden vielfach in wissenschaftlichen Studien beschrieben (vgl. Bergem 2004: 47; vgl. Mau 2019; vgl. Scheller 2005: 17). Das Engagement hatte von staatlicher Seite in der DDR eine viel weniger individualisierte und stärker homogenisierende Funktion, wie Wolfgang Bergem darstellt. Das »von der SED erhobene Postulat der aktiven politischen Beteiligung« (Bergem 2004: 47) bezog sich auf eine homogenisierte Bevölkerung, deren vermuteten Bedürfnisse und Voraussetzungen ebenso homogenisiert worden. Diese gewünschte aktive Beteiligung, ihr Rahmen und ihre Adressaten waren staatlich gesteuert. Ziel war es, das Engagement in staatlichen Vereinen und den Betrieben zu bündeln, um die Energie zu steuern und dem Wohl des sogenannten Volkskörpers zukommen zu lassen. Bergem schlussfolgert, dass als Folge eine »Doppelkultur« entstand (ebd.: 47). Damit meint er die »Spaltung in eine offizielle und eine tatsächliche politische Kultur« (ebd.: 47). Diese existierten »eher neben- als gegeneinander« (ebd.: 47). Dieser Begriff der »Doppelkultur« kann jedoch nicht die Vielschichtigkeit abbilden, in der die Beziehung zu und die Wahrnehmung von staatlichen Strukturen in der Praxis interpretiert wurde (vgl. auch Berdahl 1999: 3). Die Ambivalenz von Rückzug und öffentlichem Leben, die durch »Doppelkultur« beschrieben wurde, war eine Strategie, die eigenes und strukturelles in eine Beziehung setzte, die Selbsthilfe und staatliche Hilfe in der Praxis regulierte. Während in der BRD über Subsidiarität politisch verhandelt wurde, wurde Subsidiarität in der DDR *gemacht*, wie ich im Folgenden darstelle.

4.1.1.2 Subsidiarität, Vereine und wohlfahrtsstaatliche Strukturen in der DDR

Auch wenn in der neueren Fluchtforschung das starke Engagement überwiegend als weiteres Zeichen des zunehmenden staatlichen Rückzugs gedeutet wurde, diskutierten die Autor*innen dies nicht im Kontext von Subsidiarität, sondern im Kontext von neoliberalistischer Aktivierung der Bevölkerung und von Gouvernamentalität. Das Subsidiaritätsprinzip ist jedoch ein sich seit dem 19. Jahrhundert

5 Wenn von »früher« erzählt wird, ist »der Staat« stets präsent. Dabei nehmen aber häufig nicht die einschränkenden Prozesse den größten Raum in der Erzählstruktur ein, sondern die individuellen Möglichkeiten, diese Einschränkungen zu umgehen. Auch in meiner Familie gibt es einen Schatz an Anekdoten, die in etwa diese Grundstruktur haben. Sie stellen einen erheblichen Teil der individuellen Erinnerung dar. Diese Erzählungen im Heute spiegeln wider, was Daphne Berdahl auch für die Zeit der DDR beschreibt: »[T]he regime was affirmed and contested in everyday practice« (1999: 46).

theoretisch und praktisch entwickelndes Prinzip der Zuordnung von Verantwortung und Freiheiten, das seit 1949 auch im Grundgesetz der BRD verankert ist (§23 GG). Ich betrachte es daher als Teil eines »Dispositivs«. ⁶ Das heißt, dass ich Subsidiarität als eine gesellschaftliche »Strategie« betrachte, die bereits ein »Netz« von Diskursen und Institutionen hat entstehen lassen (Foucault 1978: 119f.). Auf dieses Netz und diese Strategien konnten die Akteur*innen 2015/2016 bewusst, aber auch unbewusst zurückgreifen.

Während nach dem zweiten Weltkrieg das Subsidiaritätsprinzip in der BRD Eingang in die Gesetzgebung fand (vgl. Klöckner 2016: 46) und die Gestaltung der subsidiarischen Idee diskutiert wurde, ⁷ existierte in der DDR kein Subsidiaritätsprinzip in der Form, dass offiziell eine Balance zwischen Selbst- und Fremdhilfe, zwischen nicht-staatlichen Organisationen und staatlichem Eingreifen, hergestellt wurde (vgl. Weber 2010: 96). Was bedeutet das für die Gesellschaft der DDR? Welche Netzwerke und Institutionen waren dort angesichts der unterschiedlichen Entwicklungen in DDR und BRD involviert?

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüche der Industriellen Revolution sowie Emanzipations- und Abgrenzungsprozesse des 19. Jahrhunderts, die ein Bürgertum hervorgebracht haben, das sich in zunehmend stärker organisieren-der Form seine politische Teilhabe organisiert, hatten bis vor dem zweiten Weltkrieg eine komplexe Vereins- und Wohlfahrtsverbandslandschaft in ganz Deutschland entstehen lassen, die die Basis für heutige (Wohlfahrts-)Vereinsstrukturen bildet (vgl. Aner und Hammerschmidt 2010: 76f.; vgl. Klöckner 2016: 50f.). Nach der Teilung Deutschlands wurden diese Entwicklungen in der DDR nicht in Form einer gesetzlichen Regulierung der Freiheiten von Individuen gegenüber dem Staat festgeschrieben. Stattdessen verfestigte sich der Subsidiaritätsgedanke auf eine andere Art und Weise. Sowohl die rege Vereinstätigkeit (vgl. Geier und Schlesinger 1996) als auch die gängige Praxis des Pragmatismus (vgl. Mau 2019: 36) und der

6 Die einzige Stelle, an der Michel Foucault den Begriff selbst definiert hat, ist folgende: Ein Dispositiv ist ein »heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze [...] umfasst. Das Dispositiv selbst ist das Netz, das zwischen diesen Elementen geknüpft werden kann. Zweitens möchte ich in dem Dispositiv gerade die Natur der Verbindung deutlich machen, die zwischen diesen Elementen sich herstellen kann. [...] Drittens verstehe ich unter Dispositiv eine Art von [...] Formation, deren Hauptfunktion zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt darin bestanden hat, auf einen Notstand zu antworten. Das Dispositiv hat also eine vorwiegend strategische Funktion« (Foucault 1978: 119f.).

7 Die Diskussion um staatliche Einmischung in die Sozialpolitik entfachte sich nach dem Krieg angesichts des Neubeginns in der BRD erneut (vgl. Sachße 2003: 204). Es wurden Bedenken geäußert gegenüber der Gefahr eines »totalen Versorgungsstaates« (ebd.: 204f.). Subsidiarität sollte daher in erster Linie »die Nachrangigkeit des Staates gegenüber anderen Formen gesellschaftlicher Gestaltung« festhalten (vgl. ebd.: 204).

Improvisation in der DDR, die beispielsweise einen Schwarzmarkt und umfangreiche Tauschgeschäfte in den sozialen Netzwerken hervorbrachten, stellen für mich eine andere, individualisierte, nicht-staatliche Form der Subsidiarität dar. Ich sehe diese Aktivitäten als informelle Selbsthilfe-Möglichkeiten, die in der Praxis vor staatlichen Hilfestrukturen genutzt wurden, jedoch keinerlei Rechtsformalität besaßen. Diese nicht-staatlichen Formen konnten sich daher auch nicht in dem Maße wie in der BRD institutionalisieren und ein solch verflochtenes Netz aus freier und öffentlicher Wohlfahrtspflege wie dort bilden. Wie Katherine Verdery (1996) und Daphne Berdahl (1999) aufzeigen, ist die Entstehung dieser »second economy« eng mit den Effekten staatlicher Planwirtschaft verbunden (vgl. Berdahl 1999: 115; vgl. Verdery 1996: 22 und 27). Soziale Netzwerke und Beziehungen stellten darin die relevanten Ressourcen dar, um Zugang zu bestimmten Konsumgütern oder Dienstleistungen zu bekommen (Berdahl 1999: 116). Diese waren jedoch persönliche Netzwerke, die zu persönlichen Vorteilen führen konnten. Dies beförderte den Aufbau sozialer Netze, durch die strategische Zugänge gelegt wurden. Wenngleich dabei nicht unbedingt das gemeinschaftliche, sondern auch das individuelle Wohl in einer egalisierten Gesellschaft verfolgt wurde, entstand durch diese Bedeutung sozialer Netzwerke das, was heute im Rahmen einer, so Michael Herzfeld »structural nostalgia« (1997: 109; zitiert in Berdahl 1999: 135), von zahlreichen Menschen vermisst werde: Zusammenhalt und soziale Einbettung.

Dies erinnert an die Ausführungen meines Interviewpartners Kurt Wittner, der über die seiner Ansicht nach schlechten strukturellen Bedingungen von Engagement »im Osten« redete (vgl. Kapitel 3.2.4). Wie stehen diese Beschreibungen über die Relevanz sozialer Netzwerke in der DDR in Zusammenhang mit dem Beklagen schwacher Engagementstrukturen im Osten heute?

In der DDR existierten die beschriebenen Netzwerke zu einem großen Teil, wie bereits im Kontext der »second economy« deutlich wurde, innerhalb einer *Nischengesellschaft* (»society of niches« [Gaus 1986; zitiert in Berdahl 1999: 116]). Diese Netzwerke waren nicht an staatliche formelle Strukturen geknüpft. Genauso wie »first« und »second economy« korrelierten auch private und öffentliche Sphäre in einem voneinander abhängigen und doch nebeneinander existierenden Verhältnis (vgl. Berdahl 1999: 116), ähnlich wie Bergem es unter dem Begriff der »Doppelkultur« (2004: 47) fasst. »This interdependence was particularly visible in practices of exchange and display, facilitated by the social capital of connections accumulated largely in the realm of the second economy, that crisscrossed these various spheres« (Berdahl 1999: 117). Wirtschaftliche und soziale Sphären vermengten sich in alltäglichen Praxen des Austauschs und der Repräsentation. Das heißt, dass die Existenz formeller Organisationsformen, die unter einer gewissen staatlichen Beobachtung standen, nicht die individuelle Ausgestaltung entlang eigener Beziehungen, Netzwerke und Sinninhalte des Engagements verneinte, sondern zu ihrer Entwicklung beitrug. Formelle Organisationsformen, wie »Bürgerinitiativen und das Vereins-

wesen« wurden unter dem SED-Regime »stark reglementiert« und »die Volkssolidarität und die »Einrichtungen der Kirchen« übernahmen die Wohlfahrtspflege in der DDR (Klößner 2016: 56, 58). Wenngleich der ideologische Zwangskontext gegeben war,⁸ war die Volkssolidarität aber auch eine Massenorganisation im Sinne einer hohen Anzahl von Mitgliedern und lokalen Gruppen, die vor Ort letztendlich durch die Arbeit der Menschen existierten (Chamberlayne 1992: 150). 1989 gab es in Leipzig allein 66.000 Mitglieder, die sich in 250 Lokalgruppen organisierten (vgl. ebd.: 150). »These infrastructures were embedded in a strong social culture of ›helping each other out‹« (ebd.: 151). Im Gegensatz zu politischen hervortretenden Gruppen und Gewerkschaften wie FDJ und FDGB dominierten die humanitären Aspekte in der Organisation deren Wurzeln zudem in der Nachkriegszeit und nicht in der DDR verankert sind (Lattka 2002: 741f.).⁹

Die Freiwilligkeit des Engagements war, anders als in der BRD, durch eine staatliche Sanktionspolitik beeinflusst. Wer diese unbezahlten Arbeiten verweigerte, musste mit Sanktionen rechnen; »gutes« oder »schlechtes sozialistisches Verhalten« wurde von den Behörden bewertet« (Stiftung Jugend und Bildung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015: 2). Steffen Mau stellt in seinem Buch »*Lütten Klein*« (2019) eindrucksvoll dar, dass politisches Verhalten ein entscheidendes Kriterium für Zugänge zu Ausbildung, Jobs, Wohnung (vgl. Mau 2019: 37) etc. war und dass die Menschen dies auch selbst so wahrnahmen. »Soziale Kontrolle und Repression« gehörten nicht nur zur DDR, sie »konstituierten« sie »gleichsam« (ebd.: 16). Es ist bedeutsam, diese institutionellen Zwänge zu erwähnen, jedoch nicht ohne zu verdeutlichen, dass diese gleichzeitig die sozialen Prozesse in den gesellschaftlichen Nischen hervorbrachten. Dies galt auch für kulturelle Organisationen, die sich entlang einer »zentralistischen Kulturpolitik« in »Zirkel[n], Interessengemeinschaften, Freundeskreise[n], später Jugend- und Dorfkubs« als »ehrenamtliche[...] Kulturarbeit« entwickelten (Geier und Schlesinger 1996: 102). Sie zeugen von der Wechselwirkung staatlichen Zwangs und den souveränen Strategien, darin Eigenes zu kreieren.

Daneben gab es außerdem die Erfahrungen der Menschen, die sich nicht »konform« verhielten, und die ein Teil der Opposition in der DDR waren: »Bis Ende der 70er Jahre bestand die politische Opposition gegen die SED überwiegend aus einzelnen Personen und sehr kleinen Gruppen.« (Bruckmeier 1993: 9) Daraus entstand im Schutz der evangelischen Kirchen »ein Spektrum alternativer und zunehmend oppositioneller Gruppierungen [...], deren Akteure schließlich [...] die Initiatoren der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 werden konnten« (Bergem 2004: 47f.;

8 Die Volkssolidarität war der sozialistischen Ideologie verpflichtet (vgl. Chamberlayne 1992:150, vgl. auch Lattka 2002: 751).

9 Eine Übersicht über weitere »Mitgliedsstarke gesellschaftliche Organisationen in der DDR« geben Stephan et al. 2002: 617ff.

vgl. Berdahl 1999: 75 und 78; vgl. Bruckmeier 1993: 9f.),¹⁰ da die Kirchen »die einzigen nicht gleichgeschalteten Institutionen« (Maser 2018: 7) in der DDR waren. Parlamentarismus und das freie Reden, das für politisches Gebaren nötig war, wurde nur in den Evangelischen Kirchenparlamenten gelebt (vgl. Schröder 2011: 26f.). In Leipzig hatte der Nikolaikirchhof eine besondere Bedeutung als »politisches Forum« (Dietrich und Schwabe 1994: 219, vgl. Czok 1999; vgl. Steets 2007: 161f.).

4.1.2 Engagement innerhalb der Kommunalverwaltungen nach 1990

Der wahrgenommene Mangel an »Strukturen im Osten«, die aktuelles Engagement unterstützen könnten (Interview Kurt Wittner 10.03.16) kann in Zusammenhang gebracht werden mit einem Bruch in den formellen Rahmenbedingungen, aber auch mit der Existenz informeller Netzwerke, deren Existenz zuvor in gewisser Weise an die staatlichen Strukturen geknüpft waren. Eine Beobachtung aus Leipzig ist, dass es aufgrund dieses nicht vorhandenen institutionalisierten Netzes nach 1990 viel Raum für Subkulturen gab (vgl. Geier und Schlesinger 1996: 169), die zu einer besonders vielfältigen Mischung an gesellschaftlich und kulturell involvierten Personen beigetragen habe, wie Geier und Schlesinger in ihrem Sammelband über Vereine in Leipzig darstellen. Nach 1990 entstanden in Leipzig auch zahlreiche neue Vereinsformen, wie zum Beispiel Bürgerinitiativen. Die insgesamt »über 200 Vereine mit einigen Tausend Mitgliedern stellen ein beachtliches Potenzial an sozialem Engagement, sozialer Kompetenz und Aktivität dar« (ebd.: 166). Einige der genannten (z.B. Werk II, Halle 5, KAOS e.V., Villa, Rosalinde e.V., vgl. ebd.: 170ff.) existieren bis heute und waren im Forschungszeitraum bedeutende Anlauf- und Vernetzungspunkte sowohl für Geflüchtete als auch für Freiwillige.¹¹

Im Bereich der Wohlfahrtspflege wurden die Strukturen westdeutscher Verbände auf die »neuen« Bundesländer ausgeweitet. Nach 1990 mussten auf der institutionellen formellen Ebene »erst neue Strukturen aufgebaut werden« (Klößner 2016: 58, vgl. Roth 2001: 16). Die Wohlfahrtsverbände konnten sich in diesem Teil Deutschlands erst wieder nach 1990 frei entfalten, da sie in der DDR-Zeit ihrer ideologischen Grundlage beraubt waren. »Soziale Ungleichheit« wurde schlichtweg »verneint«, jegliche Wohlfahrt bezog sich ausschließlich auf ältere Menschen (Klößner 2016: 56). Beispielsweise die *Volkssolidarität* hat jedoch »überlebt und or-

10 Es gab außerdem faschistische und erste antifaschistische Bewegungen (vgl. Jänicke und Paul-Siewert 2020) sowie Umweltschutzorganisationen, die im »shadow of the Protestant church« (Berdahl 1999: 77) wachsen konnten.

11 Außerdem entstehen nach 1990 in Leipzig Geschichts-, Heimat-, Militär- und Schützenvereine sowie studentische Verbindungen (Geier und Schlesinger 1996: 172) sowie religiöse bzw. kirchliche Gemeinschaften (Vereine) und Freimaurerlogen (ebd.: 173).

ganisier[t] bis heute in erheblichem Umfang freiwilliges Engagement in ihren Reihen« (Roth 2001: 17).

Das heißt, dass Menschen in der DDR sich sehr zahlreich und divers engagierten und dass dieses Engagement in seinen institutionellen Rahmenbedingungen nach der Wende neu gefasst werden musste. Diese Umwälzungen überlagerten sich mit den Entwicklungen der sogenannten »Modernisierung der Kommunalverwaltungen«, die in den 1990er Jahren begann. Dabei ging es um die Einführung »betriebswirtschaftliche[r] Elemente« (Fliedner 2017: 27). Effizienz, Messbarkeit und Bedarfsanpassung wurden zu relevanten Kriterien in den Kommunalverwaltungen (vgl. ebd.: 27). Ortlieb Fliedner führt als Beispiel an, dass in diesem Zusammenhang die Zufriedenheit der Bevölkerung in Rathäusern abgefragt wurde. Die Bevölkerung wurde unter anderem durch solche Handlungen als passive Kundschaft angesprochen (vgl. ebd.: 27).

Andere Forschende sehen in den Problemen der Arbeitsmarkintegration einer großen Anzahl von Menschen nach der Wiedervereinigung bereits sozialstaatliche »Aktivierungspostulate« (van Dyk und Haubner 2019: 264). Eine genaue Datierung der Entwicklung kann nicht exakt festgelegt werden, verschiedene Studien diskutieren jedoch, dass es »ab Ende der 1990er-Jahre« (ebd.: 263) bzw. »im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts« (Fliedner 2017: 27) einen Wandel in der diskursiven Einbettung des Engagements gab. Das Engagement übernehme eine Rolle »als ertragreiche ökonomische Ressource« (van Dyk und Haubner 2019: 263) bzw. als »gesellschaftliche Produktivitätsressource« (Neumann 2016: 162ff.). Begleitet und legitimiert werde diese Rollenveränderung durch ein »Selbstverwirklichungs-Dispositiv« (ebd.: 121ff.), das positive Konnotationen für das Individuum mit dem Einsatz für die Gesellschaft herstellt. Die Individualisierungstendenzen des Engagements bewegen sich in diesem Wechselspiel von individuellem Nutzen und der staatlichen und gesellschaftlichen Einbettung dieses Nutzens. Die Grundidee des Subsidiaritätsprinzips, dass die nächsthöhere Ebene erst agiert, wenn die darunter nicht mehr allein agieren können, führt hier zum Gedanken der Aktivierung und »Bedeutungsaufwertung des einzelnen Bürgers« (ebd.: 14). Die Aktivierung der Bürgerschaft und die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements sollte durch verschiedene Top-down-Prozesse befördert werden: Die Einrichtung einer Enquete-Kommission des deutschen Bundestages zur »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« im Jahr 2001 war ein zentraler Schritt zur Etablierung der Engagementpolitik als eigenständiges Politikfeld. Unter der Regierung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (1998-2005) kam dem Konzept der Bürgergesellschaft eine zentrale Funktion zu, insbesondere im Kontext der voranschreitenden Transformation des Sozialstaats. In der Vorstellung des »Aktivbürgers« steckte auch die Hoffnung, »sozialstaatliche Finanzierungs- und Versorgungsengpässe« mit der »Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Selbsthilfefähigkeit der Zivilge-

sellschaft auszugleichen« (Neumann 2016: 10; 431; vgl. auch van Dyk und Haubner 2019: 262).

Wie unter anderem auch Ulrich Beck in seinem Buch »*Risikogesellschaft*« (1986) nachzeichnet, werden die von ihm beschriebenen neuen politischen Bewegungen in der Folge zunehmend sichtbar als Bürgerstiftungen, Fördervereine, Selbsthilfegruppen (vgl. Fliedner 2017: 28f.). Sogenannte »freie Träger«, also »private, das heißt, nicht staatliche Organisationen (in der Regel Vereine, Wohlfahrtsverbände, GmbHs oder Stiftungen bürgerlichen Rechts), die vorrangig in der Alten-, Gesundheits-, Jugend- oder Sozialhilfe tätig sind« (ebd.: 29) übernehmen mehr und mehr »Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten« (ebd.: 28). Die Aufgabenteilung wurde gesetzlich geregelt (vgl. Kapitel 5.1) und ihr Vorrang »vor öffentlichen, kommunalen Einrichtungen« durch das Subsidiaritätsprinzip definiert (Fliedner 2017: 29). Das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure spielt bei der Arbeit freier Träger eine erhebliche Rolle. Van Dyk und Haubner sprechen in diesem Zusammenhang von der »Etablierung von Engagementpolitik als eigenem Politikfeld« seit Ende der 1990er Jahre (2019: 265). In ihrer Studie führen sie weitere Gesetzesänderungen an, die »Anreize schaffen« um freiwilliges Engagement zu fördern (vgl. ebd.: 265f.). Neben diesen »(explizit) engagementfördernden« zählen sie dazu auch die »(implizit) unterlassenden oder externalisierenden Strategien und Prozesse [...]« (ebd.: 269; vgl. *invited* und *negotiated spaces*, Kapitel 2.2).

Ich schlussfolgere daraus, dass gezielt Prozesse und Institutionen staatlich eingeleitet wurden, die die Beteiligung der Gesellschaft sowie die Aufgabenauslagerung an freie Träger Top-down intendierten. Diese Dynamiken, die das Engagement im Allgemeinen betreffen, existierten demnach im Forschungszeitraum bereits. Dies möchte ich betonen, da in Bezug auf meinen Forschungskontext – das Engagement für Geflüchtete – immer wieder diese bereits existierenden Top-down-Prozesse mit neu entstehenden Bottom-up-Prozessen vermischt wurden. Policies, Diskurse und Handlungen können in beiden Prozessrichtungen gleichzeitig ablaufen und sich auch gegenseitig bedingen, deswegen dürfen die Bottom-up-Prozesse aber nicht mit Top-down-Prozessen gleichgesetzt werden. Konkret bedeutet dies, dass ich in meinem Forschungsfeld trotz dieser Tendenzen zur Aktivierung und Auslagerung Raum für eigeninitiatives und kreatives Handeln gesehen habe. Ähnlich wie in Kapitel 4.1.1 beschrieben, gehe ich nicht davon aus, dass gouvernementale Strategien allein die Agency von Individuen definieren. Die Darstellungen der Assemblage, die umfänglich alle internen und externen Kapazitäten als Einflussfaktoren umfasst, ermöglicht es, keine Akteur*innen per definitionem überzubetonen.

Dies stellt eine andere Perspektive dar, als in Untersuchungen zu Migrationsregimen eingenommen wird. Durch die kritische Übernahme des Regime-Ansatzes in die wissenschaftliche Erforschung von Migrations- und Asylregimen wurde die »Autonomie der Migration« (Moulier Boutang 1998) gegenüber den Kontroll- und

Abschottungsmechanismen betont (vgl. Karakayali und Tsianos 2005; vgl. Hess und Tsianos 2004: 11f.; vgl. Hinger, Schäfer und Pott 2016: 434f.; vgl. Müller 2010: 33f., siehe Kapitel 1.2.1). »Der Regime-Begriff verweist vor allem darauf, dass Grenzen nichts Statisches sind, sondern sozialen Dynamiken und Kräfteverhältnissen unterliegen – wobei die Migration – wie dargestellt, selbst eine maßgebliche Kraft für das Grenzgeschehen darstellt.« (Hess und Tsianos 2004: 11; vgl. Hess und Tsianos 2010: 247f.) Nina Glick-Schiller und Ayşe Çağlar (2011b) kritisieren jedoch den Ansatz in »*Wider die Autonomie der Migration*«, weil er Migration »als soziales Phänomen« nicht analytisch aufgreift: »Im Gegenteil zeigen uns diese Ausführungen die Notwendigkeit auf, die Dynamiken von Migration als integralen Bestandteil von und Beitrag zu sozialen, historischen und politischen Prozesse zu untersuchen.« (2011: 148)

Freiwillige Hilfe ist eine erhebliche Konstante freiwilliger ›nicht-staatlicher‹ Unterstützungsstrukturen ist, die im Subsidiaritätsprinzip traditionale gesellschaftliche Wurzeln haben. Dieses Prinzip wurde einst institutionalisiert, um das Eingreifen des Staates einzudämmen. Im Kontext der *Verwaltungskrise* 2015/2016 stellen die Grundgedanken dieses Prinzips nun eine Möglichkeit dar, um die Versorgung von Hilfebedürftigen in ›nicht-staatliche‹ Bereiche »als Prinzip der Staatsentlastung« auszulagern (van Dyk und Haubner 2019: 263). Die Autorinnen sehen in diesem Zusammenhang eine »partielle Umdeutung der sozialen Frage in eine Frage der fürsorglichen Gemeinschaft« (ebd.: 262), das heißt eine Verantwortungsverschiebung vom Staat in die Gemeinschaft. Diese interessante Feststellung kann aus verschiedenen Perspektiven diskutiert werden: Zum einen belegt die Empirie der freiwilligen Unterstützungsstrukturen, dass insbesondere die Aufgaben der Sozialintegration bewusst in die jeweiligen Gemeinschaften vor Ort gegeben wurden und auch größtenteils von ihnen erfüllt werden wollten. Zum anderen hat das Subsidiaritätsprinzip aber schon immer genau das, die »fürsorgliche Gemeinschaft«, als Grundlage gehabt (ebd.: 262).

Ich verstehe das Subsidiaritätsprinzip als einen in Deutschland grundlegenden Gedanken, als *Voraussetzung* für die Existenz und Entstehung ›nicht-staatlicher‹ Strukturen, und als maßgeblich für die Art *wie* Unterstützung geleistet wurde. Dabei sehe ich das Subsidiaritätsprinzip als einen besonders wirkmächtigen Teil eines Dispositivs, das heißt als eine Handlungs-Strategie, die historisch gewachsen ist (vgl. Foucault 1978: 119f.) und nun im Rahmen neuer gesellschaftlicher Situationen wirkmächtig wird. Dass so vielfältige und breit gefächerte Unterstützungsstrukturen in diesem ›nicht-staatlichen‹ Raum entstanden sind, liegt daran, dass es in Deutschland bereits zahlreiche Strukturen der Einbindung von Freiwilligen gab. In Leipzig kann auch die besondere Situation in und nach DDR-Zeiten berücksichtigt werden, als temporäre und infrastrukturelle ›Leere‹, in der eine Fülle an Subkulturen und formellen wie informellen Organisationsstrukturen entstehen konnte. Dies knüpft auch an die in Kapitel 3 beschriebene Vorstellung der Menschen an,

ein Teil der Unterstützungsstrukturen sein zu können oder zu müssen. Diese beschriebenen Prozesse sind entscheidende Faktoren auch in der Koordinierung des Engagements im Forschungszeitraum. Die gewachsene Vielfalt der Organisationen barg Vor- und Nachteile, die sich 2015/2016 in einem Moment der besonderen Beanspruchung zeigte.

4.2 Koordinierung des Engagements in der Geflüchtetenhilfe in Leipzig

Die Koordinierung des freiwilligen Engagements erfolgte in Leipzig nicht durch eine zentrale Stelle, sondern war auf verwaltungsinterne und -externe Strukturen verteilt. Sowohl öffentliche und kirchliche Träger als auch kleine Initiativen, die von sich aus ehrenamtliche Angebote starteten, boten Möglichkeiten des freiwilligen Engagements (vgl. Reker 2016: 19). Die Humangeografin Birgit Glorius schlussfolgert in ihrer Studie zu haupt- und ehrenamtlichen Strukturen in Leipzig, dass »spezifische Stärken« Leipzigs, nämlich die starke Bereitschaft der Leipziger Bevölkerung zu helfen, »aber auch Schwachstellen«, nämlich die Vernetzung und Koordination auf Stadtebene deutlich wurden (vgl. 2017: 52; vgl. Kapitel 2). Die Vielfalt der »nicht-staatlichen« Unterstützungsstrukturen in Leipzig wurde in der Praxis vor allem dezentral koordiniert. Im Folgenden beschreibe ich zunächst, welche Rolle die Stadt dem Engagement zuschreibt und wie dies diskutiert wird (Policy-Ebene), um dann die konkreten Assembling-Prozesse des *Matching* zu erläutern.

4.2.1 Diskursive und institutionelle Einbettung des Engagements auf kommunaler Ebene in Leipzig

Zum Zeitpunkt der Feldforschung gab es in Leipzig von städtischer Seite verschiedene Koordinierungsstellen, die das Engagement in der Stadt fördern und koordinieren:

- Die Koordinierung von freiwilligem Engagement (allgemein) übernimmt seit 2001 die Freiwilligenagentur e.V. (Freiwilligen-Agentur Leipzig 2020).
- Das Forum Bürgerstadt Leipzig (Neustart 2008).¹²

12 In der Selbstbeschreibung auf der Internetseite heißt es, das Forum Bürgerstadt »setzt die Arbeit des ›AK Lokale Demokratiebilanz‹ fort, der sich seit 2002 um die Etablierung partizipativer Politikformen in Leipzig bemühte. Mit dem Neustart im Mai 2008 setzen wir uns zum Ziel, den Dialog zwischen Stadtverwaltung, Politik und der aktiven Bürgerschaft zu befördern und diesem ein Podium zu bieten« (Forum Bürgerstadt o.J.). Das Forum Bürgerstadt steht in Kooperation mit der Stadt Leipzig und der Leipziger Agenda 21. Die Agenda 21 ist ein UNO-Programm, das 1992 auf den Weg gebracht wurde und somit als ein top-down-initiiert Prozess zur Steigerung der Bürgerbeteiligung gesehen werden kann (vgl. ebd.).

- Als Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung fungiert »Leipzig weiterdenken«, ein Projekt, das 2012 »mit Hilfe von Bundesmitteln [...] als beteiligungsorientierte Strategie der integrierten Stadtentwicklung« begann. »Nach Auslaufen der Förderung betrieb die Stadt das Projekt mit eigenen Ressourcen weiter« als die heutige Koordinierungsstelle zur Bürgerbeteiligung (seit Januar 2014) (Heinrich Böll Stiftung 2018).

Schon vor 2015 wurde in Leipzig die Zukunft des Ehrenamts angesichts wegfallender finanzieller Unterstützung diskutiert. Unter dem Titel »*Ehrenamt: Zukunfts- oder Auslaufmodell?*« veranstaltete das Leipziger Bürgerbeteiligungsformat »*Leipzig weiter denken*« im Juli 2014 ein Diskussionsforum zu diesem Thema. Es ging um die zukünftige finanzielle Unterstützung von Vereinen in Leipzig. Anlass war die Überarbeitung der Förderrichtlinie der Stadt Leipzig (vgl. Kapitel 6). Auf der Internetseite der Stadt Leipzig kann man die Themen und Diskussionspunkte dieser Veranstaltung nachvollziehen (Stadt Leipzig 2020g). Es wird deutlich, dass die Stadt ein großes Interesse am Fortbestand der Vereinsaktivitäten hat. Nachdem eine externe Fördermöglichkeit von Engagement (beschäftigungsfördernde Maßnahmen) wegfiel, sollte ein »notwendiger Strukturwandel« zum Erhalt dieser Vereinslandschaft »gemeinsam bewältigt« werden (ebd.). Die Stadt könne dieses Interesse jedoch nicht finanziell unterstützen, weswegen sie auf eine gemeinsame Lösung dieser Problematik drängt (vgl. ebd.).

Diese Ausführungen verdeutlichen, dass schon vor 2015 eine Spannung bestand zwischen dem vonseiten der Stadtverwaltung formulierten Anspruch auf ein vielfältiges Angebot an »nicht-staatlichen« Strukturen in der Stadt, der auch durch die Markierung Leipzigs als »Bürgerstadt« mit einer »langen Tradition« (Stadt Leipzig 2017a) deutlich wird, und deren fehlender Finanzierung(smöglichkeiten). Die Entwicklungen ab 2015 trafen auf diese Spannung von gleichzeitigem Wohlwollen und fehlender Finanzierungsmöglichkeiten.

Speziell im Kontext des Engagements für Geflüchtete ist von städtischer Seite im Februar 2016 eine Koordinierungsstelle im Referat für Migration und Integration entstanden. Sylvia Gössel, die diese Stelle leitet, beschreibt im September 2016 auf einem Vernetzungstreffen des »*Forum Bürgerstadt*«, dass die Unterstützungsstrukturen für Ehrenamtliche im Bereich der Geflüchtetenhilfe in der Stadt erst jetzt entstünden (Sitzungsprotokoll Feldnotizen 22.09.16). Dies ist, zum Beispiel im Vergleich zu Nürnberg spät. Dort hatte sich bereits im März 2015 eine zentrale städtische Koordinierungsstelle für das Engagement herausgebildet, die für verschiedene gleichgestellte Helferkreise zuständig war, und deren Austausch sie ebenfalls koordinierte (vgl. Interview Uli Glaser 20.03.17). Auch in Leipzig entstand die Engagementkoordination als Institution neu im Feld. Jedoch sah die Situation in Leipzig ganz anders aus. Zahlreiche Träger koordinierten und improvisierten auf ganz unterschiedliche Art und Weise die Zuordnung von Freiwilli-

gen zu Hilfsbedarfen. In Leipzig war der Flüchtlingsrat e.V. häufig einer der ersten Ansprechpartner für Freiwillige, weil er zum einen seit 1990 besteht und zum anderen aufgrund seines Namens meist als naheliegendste Anlaufstelle interpretiert wurde. Die Koordination über diesen Verein funktionierte aber aufgrund der Überlastung in der Praxis etwa ab Sommer 2015 nicht mehr, wie mir übereinstimmend von überall aus dem Feld berichtet wurde. Menschen bekamen keine Antwort, Kooperations- und Unterstützungsangebote wurden ausgeschlagen. Dies beförderte die Suche nach neuen Institutionen, die die Koordinierung von Engagement übernehmen konnten. Die Stelle von Sylvia Gössel beriet hingegen vor allem die Organisationen und arbeitete daran, ein stadtübergreifendes Netzwerk der Geflüchtetenhilfe zu etablieren. Die praktische Ehrenamtskoordination fand demnach vor allem unterhalb der städtisch koordinierten Sphäre statt, auf der Ebene der Träger (Kirchgemeinden, Vereine, Wohlfahrtsverbände).

Auch der Vergleich mit der ethnografischen Forschung von Larissa Fleischmann (2020), die in einer südwestdeutschen Mittelstadt über Freiwilliges Engagement in der Geflüchtetenhilfe forschte, macht deutlich, dass in anderen Städten eine deutlichere Ansprache und direktere Koordinierungs- und Motivationsversuche seitens der Stadt gegenüber den Bürger*innen erfolgten, während man in Leipzig eher versuchte, die sich ohnehin entwickelnden Organisationen zu überblicken und zu unterstützen.

4.2.2 *Matching*: Freiwillige als Ressource

Im Jargon von Personen innerhalb des Leipziger asylpolitischen Feldes etablierte sich der Begriff *Matching* für die Zuweisung von Hilfsangebot zu Hilfsbedarf. Ein *Match* ist eine gelungene Kombination. *Gelungen* kann verschiedene Bedeutungen haben: Aus einer Perspektive, die im folgenden Zitat von Moritz Jäger, einem Mitarbeiter in einer Notunterkunft deutlich wird, bedeutet es, dass bei den Geflüchteten die gebrauchte Hilfe ankommt.

»Die Hilfsbereitschaft, die man hat, ist ein unwahrscheinlich starkes Zeichen einfach in der Stadt, dass da so eine große Solidarität da ist. Das Problem ist glaube ich eher ein anderes. Also, dass es jetzt irgendwie nix nützt, dass man sagt ich will irgendwie machen, mich einbringen und ich solidarisiere mich. Man muss halt die Hilfe auch steuern, dass sie ankommt und ich glaub der gute Wille hilft ja dann auch nicht weiter. Dass die Hilfe, die genau jetzt gebraucht wird, auch ankommt, das ist glaub ich grad eher so die Hauptbelastung.« (Interview Moritz Jäger 10.12.15)

Moritz Jäger problematisiert die Zuweisung von Freiwilligen zu den Stellen, wo ihre Hilfe »genau jetzt gebraucht wird«. Als Mitarbeiter in einer Notunterkunft ist er in seiner Arbeit direkt konfrontiert mit alltäglichen Bedarfen der Versorgung und

Unterbringung von Geflüchteten. Diese Steuerung von Hilfe, die Moritz anspricht und im Dezember 2015 als gegenwärtige »Hauptbelastung« beschreibt, ist nötig, weil Freiwillige und Hilfsbedarfe in den meisten Fällen nicht in einem Gleichgewicht an einem Ort, in einem Stadtteil zugegen sind. In einigen Stadtvierteln gibt es ein Überangebot, in anderen einen Mangel (vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2018: 120).¹³ Nun entstand eine Situation, in der diese Stadtteilbezogenheit des Engagements problematisch wurde (vgl. auch Reker 2016: 19).

Diese fehlende Stadtteil-übergreifende Vernetzung war Anlass für die Entstehung des »Forum Bürgerstadt«, auf dem sich zivile und städtische Akteure trafen, um gemeinsam über die Koordinierungsstrategien zu beratschlagen. Die Bestandsaufnahme auf dem »Forum Bürgerstadt« (22.09.2016) war, dass es für die anwesenden Organisationen schwerer geworden war, Freiwillige zu akquirieren. Es sei zwar eine hohe Anzahl von Menschen in den Freiwilligen-Pools angemeldet, doch sie werden nicht in den dortigen Einsatzstellen eingesetzt. Zum Beispiel gebe es zwar 700 Anmeldungen bei der Sachspendenzentrale, aber nur 40 aktiv Sortierende. Außerdem ging es auf dem Forum um eine möglichst optimale Verteilung der Hilfsangebote in der Stadt. Ich notierte mir folgende Fragen und Aussagen, die die Situation im Herbst 2016 veranschaulichen: »In der Sachspendenzentrale sortiert vielleicht gerade jemand Klamotten, der ein viel besserer Wohnungspate wäre.« Oder auch: »Überall in der Stadt liegen Zettel mit Adressen, wie können wir die nutzen?« (Stimmen auf dem 2. Forum Bürgerstadt, 22.09.16) Diese beiden ausgewählten Stimmen verdeutlichen, dass ein gewisser Effizienzgedanke in dieser Beschäftigung mit dem *Matching* steckt. Eine Person, die anspruchsvolle Aufgaben wie eine Wohnungspatenschaft übernehmen kann, wäre dieser Logik folgend falsch eingesetzt beim Klamotten sortieren, was hier als Beispiel für eine weniger anspruchsvolle Aufgabe dient. Hier wird deutlich, dass Freiwillige auch für »nicht-staatliche« Agierende zu einer Ressource geworden sind, die genutzt werden kann und muss.

Diese Beispiele zeugen einerseits von einer Beständigkeit der Probleme in der Koordinierung des Engagements in Leipzig. Mit Moritz Jäger sprach ich zu Beginn meiner Feldforschung Ende 2015, das »Forum Bürgerstadt« fand ein dreiviertel Jahr später, im September 2016, statt. Andererseits wird aber neben der Konstanz dieser Problematik auch deutlich, dass sich die Perspektive auf das Engagement im Laufe

13 Dies hat auch die Befragung von Fachkräften der Sozialen Arbeit aus 23 verschiedenen Leipziger GU's von Birgit Glorius ergeben: »So wird bei einigen zentral gelegenen Einrichtungen betont, es ergäben sich sehr gute Kooperationsmöglichkeiten mit nahe gelegenen soziokulturellen Zentren und die Geflüchteten seien in einem politisch eher links geprägten Stadtteil »super eingebunden«, während in anderen Einrichtungen die Nachbarschaft als »nicht ganz so einfach« oder die weiten Pendelstrecken als schwierig – gerade für die Integration von Familien mit Schulkindern – bewertet wurde« (Glorius 2017: 18).

dieses Jahres verändert hat: Jägers Zitat ist in der *Anfangsphase* und damit in der Zeit des Überangebots freiwilliger Hilfe und des Bedarfs an schneller Nothilfe situiert. Sein Fokus liegt nicht auf dem Einsatz der Freiwilligen, sondern auf deren Hilfe, die gezielt ankommen soll. Ehrenamtskoordinator Hans Wieler bezeichnete dies als die »Flaschenhals-Problematik« die daher rührt, dass es in Leipzig Anfang 2016 mehr Freiwillige als Geflüchtete gebe (Feldnotizen 13.01.16, vgl. Reker 2016: 19). Die Verteilung, Koordinierung und Supervision war eine große Aufgabe ohne fertigen Lösungsansatz, dafür mit zahlreichen Versuchen, Ideen und Strategien.

Die Zitate vom »Forum Bürgerstadt« sind hingegen in der *Konsolidierungsphase* situiert. Im Verlauf der *Konsolidierungsphase* veränderte sich die Grundsituation durch die Verfestigung der zuerst improvisierten Strukturen, dem Erfahrungsgewinn und der zunehmenden Expertise. Dennoch gab es auch im September 2016 in Leipzig immer noch keine städtische Vernetzung der asylpolitischen Assemblage, die eine gezielte Steuerung des Einsatzes der Freiwilligen koordinieren könnte. Das »Forum Bürgerstadt« war ein gemeinsamer Versuch von »städtischen« (im Sinne der Vertretung der Stadtverwaltung) und »nicht-städtischen« Akteur*innen, angesichts sinkender Freiwilligen-Zahlen und komplexerer Aufgaben zu einem gemeinsamen *Matching* zu gelangen und »die bislang aufgebauten Strukturen und Strategien zu reflektieren und »zukunftsfest« zu machen« (Glorius 2017: 52). Angesichts der langfristigen Aufgabe des Zusammenlebens mit Geflüchteten in der Stadt wurde die Frage zunehmend zentral, wie diese asylpolitische Assemblage *dauerhaft* funktionieren kann. Wie ich bereits in der Einleitung betont habe, bedeutet *Konsolidierungsphase* nicht, dass sich die Strukturen konsolidiert haben, sondern dass Strategien entworfen werden, sie zu konsolidieren. Dies zeigt, dass sich zwar freiwillige Aufgaben, die Bedürfnisse und die Anzahl freiwilliger Angebote ändern, dass das *Matching* aber eine konstante Schwierigkeit ist, weil entscheidende Akteure nicht miteinander vernetzt sind.

In Anlehnung an Stovel und Shaw spreche ich daher von einer strukturellen Lücke in der asylpolitischen Assemblage: »A hole – or gap – exists when those connected to a focal actor are not themselves connected to another.« (Stovel und Shaw 2012: 145) Die Lücke besteht demnach nicht nur, weil hauptamtliche Stellen fehlen (wie ich in Kapitel 2 für Leipzig aufgezeigt habe), sondern auch weil die existierenden Agierenden nicht miteinander vernetzt sind. Dieses war ein ab April 2016 deutlich sichtbares Problem und daher auch ein vieldiskutiertes Thema unter meinen Kontaktpersonen.

Die strukturellen Funktionen von freiwilligem Engagement in diesem Prozess veränderten sich in dieser zeitlichen Dynamik. Freiwillige wurden im Laufe der Zeit zunehmend selbst zur gefragten Ressource für Initiativen, da deren Organisationsstrukturen zunehmend institutionalisierte Räume für Freiwillige etablierten. Die Koordination selbst, das *Matching*, wurde zu einer Institution. Dass Freiwillige zu einer Ressource wurden, hängt mit diesen Institutionalisierungsprozessen zu-

sammen, innerhalb derer sie zu einem festen Bestandteil von Verwaltungsabläufen und Förderprozessen wurden (vgl. Kapitel 6).

4.3 Institutionalisierung von Ehrenamtskoordination

Im Zuge der Koordination von Engagement etablierten sich Organisationen, die durch das *Matching* von Freiwilligen (genauer durch ihre *Prüfung* und die gemeinsame *Planung* des Engagements) die Assemblage mitgestalteten. Meiner Beobachtung nach institutionalisierten sie dadurch auch eine bestimmte Art der Herangehensweise und Einbettung des Engagements in der Assemblage und in den individuellen Bezügen. Wie Susan Wright in der Einführung zur »*Anthropology of Organizations*« (1994) beschreibt, geht es anthropologischen Studien darum, Organisationen als Orte/Stätten/Schauplätze (»sites«) zu verstehen, die Bedeutung/Sinn/Inhalt (»meaning«) konstruieren (ebd.: 3). Als solche möchte ich im Folgenden die Ehrenamtskoordinationsstellen in den Blick nehmen.

Dass sich im Forschungszeitraum neue Organisationen und Institutionen entwickelten, ist angesichts der zahlreichen neuen Gegebenheiten und der Dynamik der Entwicklungen 2015 nicht verwunderlich. Sie zeigen, dass sich neue Strategien der Problemlösung habitualisierten und verfestigten. Mary Douglas beschreibt in »*Wie Institutionen denken*« (1991: 81), dass jeder Institution eine »kognitive Konvention« zugrunde liege, voran gehe oder in einer Wechselwirkung mit ihr stehe. Dabei stellt sich einerseits die Frage, wie Konventionen zu Institutionen werden und wie sie diese Wechselwirkung beginnen und andererseits, auf welche Art und Weise Institutionen und Organisationen Konventionen oder Bedeutungen konstruieren.¹⁴ Im Folgenden zeige ich auf, inwiefern die Entwicklung der Koordination von Engagement als Organisation und Institution zu verstehen ist. Uta Wilkens et al. (2003) geben eine überblickhafte Definition über den Ablauf von Institutionalisierungsprozessen, die ein Startpunkt für meine Beschreibungen sein soll:

»Nach Berger und Luckmann ist Institutionalisierung eine wechselseitige Typisierung habitualisierter Handlungen durch Typen von Akteuren [...]. Habitualisierte

14 Susan Wright (1994: 21) macht darauf aufmerksam, dass bei Mary Douglas die Beziehung zwischen Institution und involvierten Akteur*innen als eine statische erscheint, in der die Institution fest vorgeschriebene Konventionen repräsentiert und wenig Platz für Transformation durch die Akteur*innen (und damit der Institution) ist. Die Dynamik meines Forschungsfeldes macht überdeutlich, dass Institutionen und Organisationen typischerweise auch ambivalent sind und sich in einer permanenten Verhandlung befinden (vgl. ebd.: 4 und 20). Diese Verhandlung um die Bedeutungsbildung hängt mit Macht zusammen, die es in diesen Dynamiken zu untersuchen gilt (vgl. ebd.: 20).

Handlungen sind Verhaltensmuster, welche von einem Akteur oder einer Gruppe von Akteuren entwickelt und übernommen wurden, um wiederholte Probleme zu lösen. Solche Verhaltensweisen sind habitualisiert, da sie mit minimalem Entscheidungsaufwand bei den Akteuren verbunden sind und als gewohnheitsgemäße Antwort auf bestimmte Stimuli ausgeführt werden.« (Wilkens, Lang und Winkler 2003: 200f.)

Nach dieser Definition gehen wiederholt auftretende Probleme Institutionalisierungsprozessen voraus. In Hinblick auf mein Forschungsfeld ist das *Matching* ein typischerweise auftauchendes Problem. In meinem Beispiel entstand die Koordination durch Ehrenamtskoordinator*innen also als eine Strategie, die angesichts wiederholter Problemstellungen zum dauerhaften Lösungsmuster wurde. Diese Koordinationsstellen hatten entweder noch keine oder eine erst kurze institutionelle Biografie in Leipzig. Die Engagementkoordinatorin eines Vereins beschrieb mir beispielsweise im Interview, dass »im Prinzip jeder« in der Ehrenamtskoordination arbeiten könne, schließlich haben alle »keine Erfahrungen« darin (Interview 20.10.16). Die Aufgabe der praktischen Problemlösung wurde mit der institutionellen Gründung der Ehrenamtskoordinationsstellen sozusagen externalisiert, damit diese auf diesem Gebiet Erfahrungen sammeln können und sich spezialisieren. Das heißt, dass den Personen, die diese Stellen bekleideten, aufgrund des mangelnden spezialisierten Wissens auf dem Gebiet große Spielräume für die Etablierung von Handlungsmustern zur Verfügung standen. Hier wird zum einen die Lebendigkeit von Organisationen und Institutionen deutlich, wie Susan Wright (1994) sie verdeutlicht. Zum anderen wird die Agency der Individuen deutlich, die insbesondere in Momenten mit institutionellen Lücken größere Handlungsspielräume als sonst bekamen.

4.3.1 Prüfung von Freiwilligen

Im Folgenden beschäftige ich mich mit der Frage, welche Konventionen sich im Rahmen dieser Ehrenamtskoordination etablierten. In der *Anfangsphase* der Ehrenamtskoordination entstanden mehrere Ehrenamtskoordinationsstellen mit dem Ziel, die Adressen interessierter Freiwilliger zu sammeln und ihr Engagement zu koordinieren. Sie unterstützten die Zuordnung der Ehrenamtlichen zu den Bedürfnissen der Menschen in den Unterkünften (*Matching*).

Der Zugang zu ehrenamtlichem Engagement war durch die Ehrenamtskoordination vielfältig gestaltbar.¹⁵ Mein eigener Feldzugang als Einzelperson mach-

15 Freiwillige engagierten sich auch ohne Ehrenamtskoordination. Entweder sie hatten über ein bestehendes Engagement schon Kontakt zu freiwilligen Aktionskontexten, oder sie wollten bewusst unabhängig bleiben und damit eigene Zugänge finden und eigene unabhängige Organisationsformen entwickeln.

te deutlich, wie divers die tatsächlichen Möglichkeiten des Zugangs in der Praxis waren. Ich meldete mich bei verschiedenen Online-Portalen von Ehrenamtskoordinationsstellen und Vereinen an, die für interessierte Freiwillige einen leicht zugänglichen Online-Auftritt gestaltet hatten. Teilweise funktionierte die Anmeldung über ein Portal, das mithilfe von vorgefertigten Suchmasken die besonderen Interessen, Fähigkeiten, Zielgruppen, oder auch mögliche Zeitfenster des Engagements abfragte. Die Struktur der Erfassung meiner Daten bewegte mich dazu, bestimmte Vorstellungen meines Engagements hypothetisch durchzugehen. Schon in der ersten Erfassung des Interesses wurden die individuellen Wünsche und Kompetenzen sowie Zeitvorstellungen abgefragt, was suggeriert, dass diese bei der Zuweisung eines Engagements eine zentrale Rolle spielen. Die schnellste Antwort erhielt ich von der Sachspendenzentrale, die Menschen für die Sortierung von Sachspenden in einer Lagerhalle suchte. Die Organisation der Arbeitszeiten erfolgte in Schichten. Über einen Online-Login, den ich sehr schnell zugeschickt bekam, konnte ich selbst meine Arbeitszeiten in einen Kalender eintragen, in dem ich auch sehen konnte, wie viel Menschen sonst in dieser Schicht arbeiten. Vier Tage nach der Anmeldung half ich zum ersten Mal in der Sachspendenzentrale mit und konnte meine Arbeitszeiten selbst online gestalten. Die langsamste Antwort kam bisher nach über einem Jahr, im Dezember 2016. Von einer Stelle habe ich noch keine Antwort erhalten. Warum ist die Antwortdauer so unterschiedlich? Wie ist diese Diskrepanz zu erklären?

Sie hängt unter anderem damit zusammen, dass die Engagement-Angebote mit verschiedenen Voraussetzungen der *Prüfung* versehen wurden. Dabei spielt die Nähe des Kontaktes zu Geflüchteten eine entscheidende Rolle. In den Unterkünften aktiv zu werden sowie eine Patenschaft zu übernehmen sind Aktivitäten mit intensivem persönlichem Kontakt zu Geflüchteten.

Ich sprach mit zwei Ehrenamtskoordinatoren eines großen kirchlichen Trägers über ihre Aufgaben und deren Umsetzung (vgl. Kapitel 3.2.5). Einer von ihnen, Hans Wieler ist nicht nur im Bereich der Ehrenamtskoordination, sondern für die Vernetzung zahlreicher asylpolitischer Agierender in Leipzig eine Schlüsselfigur. Ich habe ihn im Feld bei einer Vielzahl von Informationsveranstaltungen, Vernetzungstreffen, Gruppentreffen und sonstigen Events mit Bezug zu Asyl- und Migrationsthemen getroffen. Sein Verhandlungsgeschick sorgte mehrfach für eine Verbesserung der Abläufe in der Koordination freiwilligen Engagements, weil er als Vermittler die Kommunikation zwischen zwei Positionen vorantrieb oder direkt medierte. Er ist hauptamtlich als Ehrenamtskoordinator angestellt, seine strukturelle Funktion als *Assembler* beschränkt sich aber nicht auf diesen Job, sondern fällt aufgrund des Umfangs in den Bereich des persönlichen Engagements. Seine Netzwerke und seine individuellen Ressourcen waren sehr bedeutend für Teile der asylpolitischen Assemblage.

Im Gespräch über seine Arbeit als Ehrenamtskoordinator beschreibt er als eine erste Aufgabe, zu evaluieren, welche Unterstützung Freiwillige brauchen, »damit sie in diesem ersten Impuls ›Ich will etwas tun‹ auch ein Stück zufrieden gestellt sind« (Interview Hans Wieler 09.02.16). Ehrenamtliche brauchen »schnelle Erfolge«, so die Einschätzung von Wieler, um »das Gefühl zu haben, [ihr Engagement] nützt etwas« (ebd. 09.02.16). Ein wesentlicher »Grundsatz« in der Arbeit mit Ehrenamtlichen sei es, ihre Eigeninitiative aufzugreifen, anfangs »starken Support« zu geben, um sich dann schrittweise aus der Koordination zurückzuziehen, beschrieb WIELERS Kollege, Martin Ganske (Interview Martin Ganske 07.09.16). Es wird deutlich, dass Freiwillige als bedeutsame Ressource verstanden werden, deren Initiative zum Engagement möglichst bestärkt werden soll, um sie nicht zu verlieren. Als Vergleichsfolie zu diesem Vorgehen lässt sich hinzufügen, dass Wieler im gleichen Gespräch deutlich macht, dass es trotz des riesigen Freiwilligenpools, über den er verfügt, äußerst schwierig ist, Freiwillige für konkrete Aufgaben zu gewinnen, beispielsweise wenn ein Umzug am Wochenende ansteht und er Umzugshelfer benötigt, die eine Familie unterstützt. Es zeigt sich darin, dass freiwilliges Engagement mit seinen temporären und räumlichen Strukturen in das Leben der Freiwilligen passen muss.

Neben dieser Form der Unterstützung besteht eine weitere Aufgabe der Ehrenamtskoordination darin, die Freiwilligen zu »prüfen« (Interview Hans Wieler 09.02.16). Diese Aufgabe wird bei der Vermittlung in Unterkünfte inhaltlich durch die Absprache mit den jeweiligen Trägern mitdefiniert. Im Gespräch mit den Freiwilligen wird abgeklärt, ob die formellen Voraussetzungen für die Aufnahme des Engagements gegeben sind. Neben dem mittlerweile obligatorischen *Erweiterten Führungszeugnis*¹⁶ sind das beispielsweise folgende Bedingungen, die mir Martin Ganske schilderte (07.09.16): Mindestalter 18 Jahre, Mitgliedschaft beim Träger (Nichtvorhandensein kann durch Vertrag bei der Ehrenamtskoordinationsstelle ersetzt werden, quasi als Vertrauensbeweis-Ersatz), Belehrung über zentrale Verhaltensvorschriften des Trägers innerhalb der Unterkunft (z.B. kein Essen oder Trinken in die Unterkunft nehmen, Hygienevorschriften vor und nach Kontakt zu Geflüchteten, Privatsphäre-Bestimmungen etc.). Ist das *Erweiterte Führungszeugnis* vorhanden und der Ehrenamtsvertrag abgeschlossen, kann man dann im Büro des Trägers einen Quartiersausweis bekommen, der zu jedem Eintritt und Austritt in

16 Gesetzliche Grundlage für das Anfordern des *Erweiterten Führungszeugnisses* ist das Bundeszentralregistergesetz. Die Aufforderung erfolgt gegenüber Personen die »kinder- und jugendnah« arbeiten oder arbeiten wollen »unter Bezugnahme auf §30a m Falle einer Prüfung der persönlichen Eignung oder nach §72a des 8. Buches Sozialgesetzgebung«. Es enthält auch Verurteilungen wegen Sexualdelikten, die für das normale Führungszeugnis »zu geringfügig« sind.

der Unterkunft vorgezeigt werden muss. Dies alles dient dem Beweis der abgeschlossenen *Prüfung* der Freiwilligen. Bei der Sortierung von Kleidung hingegen wurde kein einziges dieser Kriterien überprüft.

Neben diesen formalen Zugangsvoraussetzungen werden auch die persönlichen Zugangsvoraussetzungen der Interessierten durch ein Gespräch mit den Ehrenamtskoordinator*innen evaluiert. Es geht darum, eine Einschätzung über die Motivation und die Erwartungen und Erfahrungen der Freiwilligen zu gewinnen. Ich habe mit Hans Wieler darüber gesprochen, nach welchen Kriterien diese persönliche Einschätzung erfolgt. Im folgenden Interviewausschnitt wird deutlich, dass es keine klaren Vorgaben für die persönliche Einschätzung gab und vor allem das Gefühl und das Gespür der Ehrenamtskoordinator*innen Grundlage für die Bewertung waren:¹⁷

»[E]s geht schon ein Stück weit darum – also *wenn* die Zeit zur Verfügung steht – und das ist tatsächlich nicht ganz so einfach – ein persönliches Gespräch zu führen, was uns eigentlich für die Menschen, die wir direkt vermitteln oder mit denen wir arbeiten, wichtig ist. Wir streben an, dass wir mit jedem so ein Einzelgesprächstermin machen, und da ist es natürlich so, dass ich dann die Motivation abfrage. Mir also auch erzählen lasse, was für Erfahrungen gibt's im Ehrenamt, warum jetzt gerade auch mit Flüchtlingen und in so einem Gespräch bekommt man schon ein ganz gutes Gefühl [...]. Also in seltenen Fällen ist es so, dass man sehr direkt merkt, dass da eine Person vor einem sitzt, wo es schwierig ist. Also wo, ich mir sage, ich kann mir nur schwer vorstellen, dass die Person mit Flüchtlingsfamilien, Einzelpersonen wirklich richtig gut arbeiten kann, weil – ja, weil ich einfach spüre, dass da von der Persönlichkeit her sehr viel – also der Haupttenor wirklich auf dem Bereich liegt, dass da jemand was zurückkriegen will und irgendwas ausgleichen will. Und dann ist es schon so, dass ich mir sehr gut überlegen würde, in welcher Form könnte der sich trotzdem einbringen. In vielen Fällen ist es so, dass man vielleicht auch andere Wege aufzeigt [...]. Und, ich würde sicher schon auch den Blick dahin richten, ob so ein Mensch sich trotzdem irgendwie, ich sag mal bei so einer Umzugshilfe oder sowas mit einbringen kann, wo ich sage, da ist nicht jemand alleine. Da kann man das nutzen. Aber das diskutieren wir dann auch im Team. Es ist auch wichtig, in bestimmten Situationen klar nein zu sagen. Und das denke ich das ist auch nicht ganz so einfach, weil es auf der anderen Seite nicht wirklich unbedingt so ist, dass man einen Menschen in einem halbstün-

17 In der Umfrage in 23 Einrichtungen Leipzigs filterte Birgit Glorius (2017: 21) heraus: »Wichtig ist den hauptamtlichen Kooperationspartnerinnen hierbei auch immer, eine Reflexionsmöglichkeit der Motivation zu bieten und die Frustrationstoleranz und Abgrenzungsfähigkeit der Bewerber/innen zu prüfen. Einen einheitlichen Qualitätsstandard für das Verfahren bzw. Mindestanforderungen oder eine vorbereitende Schulung gibt es jedoch im Vorfeld des Einsatzes nicht«.

digen Gespräch da so einschätzen kann, und sagen kann, ob jemand geeignet ist oder nicht. Wir machen die Ehrenamtsverträge daher auch erstmal nur ein halbes Jahr, das ist immer kündbar. Das ist eher auch eine gewisse formale Absicherung. Und trotzdem dient das natürlich auch dazu, dass man auch nach einem halben Jahr nochmal einen Blick drauflegen kann. In der Realität sag ich jetzt, also viele Ehrenamtsverträge waren jetzt Ende Dezember auch ausgelaufen, die haben wir dann erneuert. Das haben wir dann auch nicht geschafft mit – das sind ja ungefähr – vielleicht 50 Leute, 60 Leute, mit denen wir direkt einen Vertrag haben, also da mit jedem einzelnen auch nochmal ein Gespräch zu führen.« (Interview Hans Wieler 09.02.16)

In diesem Interviewausschnitt wird deutlich, dass idealerweise ein persönlicher Kontakt zwischen Ehrenamtskoordinator*in und Freiwilligen bestanden haben soll. Andeutungsweise klingt durch, dass dies nicht der Regelfall ist. Wieler ist sich bewusst, dass eine halbe Stunde nicht reicht, um einen Menschen absolut sicher auf die Eignung für ein bestimmtes freiwilliges Engagement zu prüfen. Deswegen ist zur Sicherheit die Befristung des Vertrages auf ein halbes Jahr angesetzt. Grundsätzlich muss er also seiner persönlichen Einschätzung der Persönlichkeit des Gegenübers vertrauen und ist sich der praktischen Grenzen dieses Vorgehens, sowohl was das Zeitmanagement als auch was die Möglichkeiten der Einschätzung einer Persönlichkeit betrifft, bewusst. Diese Beschreibungen verdeutlichen, dass trotz einer Institutionalisierung im Sinne einer gewünschten Standardisierung der Zugangsvoraussetzungen zum Engagement, neben den formalen Voraussetzungen eine hohe Anzahl von Unklarheiten der Umsetzung bleiben. Auch meine Nachfrage, welche Einträge ins *Erweiterte Führungszeugnis* eigentlich ein Engagement verhindern würden, sagte Wieler, dass es dazu keine genauen Vorgaben gebe. Er habe noch nie ein Führungszeugnis mit Einträgen vorgelegt bekommen, daher wisse er spontan gar nicht so genau, wie er und sein Team vorgehen würden. In einer Kirchgemeinde berichtete mir die Koordinatorin des Engagements, dass sie meist auf die Vorlage des *Erweiterten Führungszeugnisses* verzichte, da man sich schon so lange kennt.

Die Studie von Birgit Glorius kommt zu dem Ergebnis, »dass die formalen Mindestanforderungen für Ehrenamtliche eher niedrig und nicht einheitlich sind« (2017: 20). Es stellt sich in der Konsequenz dieser Erörterungen die Frage, welche Funktion eine solche institutionalisierte Prüfung angesichts dieser Abhängigkeit persönlicher Einschätzung und willkürlicher Durchführungspraxen erfüllt. Meine These ist, dass das Suggestieren eines formellen bürokratischen Aktes eine gewisse Sicherheit in diese Phase der Unsicherheit bringen sollte.¹⁸ Gleichzeitig kann-

18 Zur Frage der Hassliebe der Menschen zur Bürokratie siehe David Graeber: *Bürokratie. Die Utopie der Regeln* (2016 [im englischen Original 2015]). »Die unpersönlichen Beziehungen innerhalb der Bürokratie sind nicht nur bequem; zu einem gewissen Grad gründen auch unsere

ten sich Ehrenamtskoordinator*innen durch dieses Vorgehen in dem institutionell neuen Handlungsraum rechtlich absichern, sodass auch auf ihrer Seite potenzielle Unsicherheiten durch diese Formalitäten begegnet werden konnten. Ich denke, dass angesichts der chaotischen Zustände im zweiten Halbjahr 2015 versucht wurde, so viel Koordination wie möglich in die Assemblage zu bringen und dass Formalitäten wie die *Prüfung* für zahlreiche Menschen in diesen Zeiten, wo so viel passierte, was sie noch nicht kannten, eine Art Leitfaden darstellen und ein Gefühl von (bürokratischer) Sicherheit vermitteln konnte.

Im Verlaufe des Jahres 2016 wurde mehr und mehr verhandelt, *welche* Freiwilligen von *welchen* Koordinationsstellen geprüft werden. Es gab eine Unterscheidung zwischen »geprüften« und nicht-geprüften Freiwilligen (Interview Hans Wieler 09.02.2016; vgl. Interview Martin Ganske 07.09.2016). War man schon durch ein Prüfungssystem gelaufen und konnte dies nachweisen, konnte man schneller eingesetzt werden. Die *Prüfung* wurde zu einer Art Zugangsvoraussetzung für das Engagement. Freiwillige zu prüfen und ihnen Jobs zuzuweisen entwickelte sich zunehmend zu einem Geschäftsmodell. Die *Prüfung* wurde dabei zur Dienstleistung, für die man Projektgelder beantragen konnte, durch die sich die Ehrenamtskoordinationsstellen partiell finanzierten. Somit entstand eine neue Abhängigkeit: Diese Stellen mussten in der Regel auch einen gewissen Durchlauf und eine gewisse Anzahl an Zuweisungen von Freiwilligen nachweisen, um die Auszahlung ihrer Projektgelder zu rechtfertigen (vgl. Kapitel 6).

4.3.2 *Planung*: Institutionalisierung eines Sozialraums für Engagement

Um die Aufgabenunklarheit und die Überforderung im freiwilligen Engagement möglichst gering zu halten, wurden Freiwillige dazu angehalten, ihr Engagement zu planen. Die Koordination des Engagements begann für die Freiwilligen, die sich bei einer Koordinationsstelle bewarben, meist mit einem Planungsmoment, der darin bestand, Zeit und Inhalt ihres Engagements zu formulieren. Auch für die Freiwilligen selbst, spielte *Planen* des Engagements eine bedeutende Rolle, wie ich im Folgenden anhand ethnografischer Episoden darstelle:

Meine Informantin, die Studentin Jana Hildebrandt, geht einmal die Woche zu einem selbstorganisierten Begegnungsabend mit Geflüchteten, die vor allem aus der nahegelegenen Unterkunft kommen. Ziel ist es, gemeinsam zu essen und durch dieses lockere Beisammensein Deutsch-Lern-Patenschaften zu fördern. Anfangs besuchte sie an dem einen Abend in der Woche den Begegnungsabend als ein Engagement, das in Zeit und Raum festgelegt war. Dann begann sie das Engagement sowohl zeitlich als auch räumlich auszuweiten, weil sie die Geflüchteten

Vorstellungen von Rationalität, Gerechtigkeit und allen voran der Freiheit auf ihnen« (2016: 185).

auch in anderen Situationen unterstützen wollte. Sie berichtete mir davon, wie sie dabei mehr vom Leben der Geflüchteten erfuhrt und gern bei akuten Problemen, beispielsweise bei Wohnungsbesichtigungen helfen wollte. Nachdem sie dies mehrfach auch tat, bekam sie über WhatsApp weitere Anfragen nach Unterstützung oder sozialem Austausch. Sie beschrieb, dass die Überlastung, die sie dabei empfand, sie sehr beschäftigt hat, weil sie einerseits gern helfen wollte, andererseits spürte, dass es ihr zu viel wird. Als Konsequenz hat sie sich selbst wieder in ihre ursprünglichen zeitlichen Grenzen verwiesen und hat begonnen, sich auch bei Anfragen konsequent abzugrenzen. Gleichzeitig betonte sie, dass ihr Engagement ihr in diesem Rahmen sehr viel Spaß macht, auch der Kontakt dort vor Ort. Ihr werde es jedoch schlichtweg zu viel, weil sie dann für ihre anderen sozialen Kontakte und ihre Arbeit nicht mehr ausreichend Zeit habe. Dies stellte für sie ein Dilemma dar, da sie die Situation der Geflüchteten erkannt hatte und gleichzeitig für sich selbst die Entscheidung getroffen hat, pro Woche nur diesen einen Abend Zeit zur Verfügung zu haben neben ihren anderen Beschäftigungen (vgl. Gedächtnisprotokoll Interview 25.05.16 und 12.09.16). So wie Jana Hildebrandt haben zahlreiche Freiwillige einen speziellen Sozialraum für ihr Engagement eingerichtet, der sich nicht mit ihrem üblichen Lebensraum und Alltag vermischte.

Auch Walter Berger, der als Mitglied einer ehrenamtlichen Initiative einmal die Woche zwei Stunden Deutsch-Unterricht in einer Erstaufnahmeeinrichtung gibt, wählt eine ähnliche Strategie. Er gehört einer Gruppe an, die solche Deutschangebote gestalten. Er hat mir bei meinen ersten Teilnahmen am Deutsch-Angebot alles erklärt und gezeigt und ich durfte bei seinem Deutsch-Unterricht hospitieren. Deutsch-Unterricht bedeutete dort meist eine 1:1 Betreuung, da so wenige Menschen das Angebot nutzten. Wir saßen oft herum, warteten und unterhielten uns so lange, bis jemand in den Raum kam. Für Walter Berger war klar, dass er typischerweise zu diesem einen Zeitfenster in die Unterkunft geht, um dort in einem dafür vorgesehenen Raum darauf zu warten, dass jemand zum Deutsch-Angebot erscheint. Er sagte, er fände es nicht schlimm, wenn niemand kommt. Diese Zeit sei sein Angebot und wer das annehmen will, könne das gerne tun. Wenn in der Zeit niemand in den Raum käme, um am Deutsch-Angebot teilzunehmen, sei das auch nicht schlimm für ihn.

Die inhaltliche Gestaltung des Deutsch-Angebotes nahmen die Freiwilligen selbst vor. Sie bestimmten auch das didaktische Vorgehen in den Unterrichtseinheiten. Die Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Hygienevorschriften waren hingegen durch den Träger der Unterkunft vorgegeben und von der Ehrenamtskoordination an sie herangetragen worden. Sie befolgten diese sehr genau und wiesen mich mit Nachdruck darauf hin, alles auch genauso zu befolgen. Dies alles lief in einem engen strukturierten Rahmen ab. Herr Berger und andere Freiwillige des Deutsch-Angebotes verhielten sich darin sehr klar und eingespielt. Diese Aspekte sowie die aktuellen Belegungszahlen der Erstaufnahmeeinrichtung

hatten dabei ein weitaus größeres Unterhaltungspotenzial als inhaltliche Fragen des Deutsch-Unterrichtes. Auch schien ihr Engagement nicht an eine bestimmte Vorstellung eines Nutzens geknüpft zu sein im Sinne von einer bestimmten Anzahl von Bewohner*innen die zum Unterricht kommen. Ihr freiwilliges Engagement gab ihnen einen Rahmen, in dem ihre Herangehensweise, das heißt ihre Planung und ihre genauen Vorstellungen machbar waren. Mein Eindruck war, dass dieser Rahmen Orientierungspunkte in einem ganz neuen Terrain war. So konnten sie den Raum, die Zeit und den Grad der Nähe zu den Teilnehmenden überschauen und kontrollieren. Sie hielten sich mit den Bewohnenden der Unterkunft nur in dem einen dafür vorgesehenen Raum auf, jede Woche zur gleichen Zeit und zumindest Walter Berger wollte explizit keinen darüber hinaus gehenden Kontakt zu ihnen aufnehmen. Als ein Bewohner mir seine Handynummer zusteckte, erzählte ich Herr Berger davon und er erinnerte mich daran, dass wir unsere Handynummern nicht weitergeben sollen (da das eine Regel ist, die für die Ehrenamtlichen dort gilt). Das Beispiel macht deutlich, dass ein persönlicher oder privater Kontakt ausdrücklich nicht erwünscht ist. Dies wurde außerdem deutlich, als Herr Berger mir erzählte, dass er es gut findet in einer Erstaufnahmeeinrichtung mit einem größeren Durchlauf an Personen zu sein. Nach dem Schließen der Erstaufnahmeeinrichtung wollte er nicht weiter in der Folge-Gemeinschafts-Unterkunft ehrenamtlich tätig sein, da die Menschen dort langfristig wohnen werden und ein häufigerer Kontakt zu der Bewohnerschaft entstehen würde, den er nicht wünschte (vgl. Gedächtnisprotokoll 17.08.16). Dies zeigt, dass er eine sehr klare Vorstellung vom inhaltlichen und zeitlichen Umfang seines freiwilligen Engagements hat. Außerdem wird die Beziehung zu den Geflüchteten auf einen möglichst klar abgesteckten, eher unpersönlichen Rahmen begrenzt.

Diese ethnografischen Beispiele zeigen das Nebeneinander von Engagement und sonstigem Alltag. Beides kann oder soll in der Vorstellung zahlreicher Freiwilliger nicht miteinander verbunden werden. In Gesprächen mit den in der Ehrenamtskoordination tätigen Personen sowie auf Informationsabenden zur Aufnahme von Engagement wird daher immer wieder betont, die Interessierten sollen sich genau überlegen, wie viel Zeit sie zur Verfügung stellen können und diese persönlichen Grenzen zu akzeptieren lernen. Die vorzeitige Festschreibung von Zeit, Inhalten und Strukturen suggerierte, dass diese sozialen Interaktionen von Seiten der Freiwilligen planbar seien. Von Seiten der Ehrenamtskoordination wurde auf diese Weise versucht, Frustration der Freiwilligen zu vermeiden und ihr Engagement dadurch aufrecht zu erhalten. Offenbar wurde davon ausgegangen, dass der Aufbau persönlicher Beziehungen mit Komplikationen verbunden sein könnte, weswegen angewiesen wurde, dies möglichst zu unterbinden.

Es wird deutlich, dass die Planung eines extra Sozialraums für die meisten Engagierten zum langfristigen Erhalt des Engagements beitrug. Dies widerspricht den Beschreibungen Serhat Karakayalis, nach denen jene Freiwilligen, die er als

Teil der unpolitischen neuen »Infrapolitik« sieht, durch das Engagement »ihren jeweiligen Sozialraum interkulturell [...] öffnen« um damit auf eine Weise, die nicht mit dem Protest gegen rechte Hetze verbunden ist, dennoch ihren Teil zu »einem Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Hegemonie« beizutragen (2017: 22). Anhand meiner empirischen Beschreibungen der persönlichen Aushandlungen des Sozialraums »Engagement« wird deutlich, dass dem nicht grundsätzlich so ist. Vielmehr erschien mir vielfach das Festhalten an den geplanten Sozialräumen als Sicherstellende Institution, als Fixpunkt für das eigene Engagement, das mitunter eine große Herausforderung darstellte. Interkulturelle Erfahrungen sind in einer Stadt wie Leipzig immer noch sehr selten und insbesondere ältere Menschen kamen erstmals in Kontakt mit Menschen anderer Herkunft.

Durch die Schaffung von »Spezial-Angeboten nur für Geflüchtete« (Reker 2016: 19), das heißt in Angeboten, die extra für Geflüchtete geschaffen wurden, addierte sich der Aufwand für das freiwillige Engagement zum sonstigen Alltag hinzu. Die Sozialamtsleiterin Martina Kador-Probst plädierte im Leipziger Stadtmagazin *kreuzer* dafür, die freiwilligen Angebote aus den Unterkünften raus, und in die Stadt hinein, zu verlegen, vor allem da dies auch von Geflüchteten häufig als Wunsch formuliert werde (vgl. ebd.: 19). »Um die Integration der Menschen zu fördern, möchte die Stadt in Zukunft stärker daraufsetzen, bereits bestehende kulturelle Angebote und Strukturen zu stärken und so auszubauen, dass möglichst jeder freien Zugang dazu hat.« (ebd.: 19) Für die Realisierung dieses integrativen Gedankens blieben jedoch auch hier die Freiwilligen selbst verantwortlich. Ein Vertreter eines »integrativen Fußballvereins« (ebd.: 19) schilderte im selben Artikel die Herausforderungen, solche Ideale umzusetzen:

»Ein Problem, vor dem auch der United F.C. steht, ist der Platzmangel. Leider gibt es in Leipzig kaum Turnhallen, die kostenfrei genutzt werden können. Dass die Stadt Geld und Raum für sein Projekt zur Verfügung stellt, erwartet [er] aber gar nicht. ›Man muss von dem Anspruchsgedanken wegkommen und selber sehen, wie man seine Ziele erreicht.« (Reker 2016: 20)

Diese Schilderung verdeutlicht den subsidiären Gedanken, dass Hilfe von der nächsthöheren Ebene nur eingefordert wird, wenn es unbedingt nötig erscheint. Das Subsidiaritätsprinzip erscheint hier als nicht explizites, aber praktisch verinnerlichtes Handlungsmotiv. Es wird deutlich, dass es von Freiwilligen entwickelte Angebote und Bestrebungen gab, die Sozialräume von Geflüchteten mit denen der Schondagewesenen Leipzigs zu verknüpfen. Diese Form von Angeboten wurde zwar von der Sozialamtsleiterin präferiert, weil sie der Integration von Geflüchteten am meisten zutragen, gleichzeitig bewegten sie sich in einem finanziell prekären Raum (vgl. Kapitel 6). Der institutionelle Platz von Engagement ist außerhalb der Erörterungen dieses Kapitels abhängig von überholten Rechtspre-

chungen, komplizierten Förderlogiken, einer sich erst entwickelnden sächsischen Integrationspolitik, auf die ich in den folgenden Kapiteln eingehen werde.

4.4 Zwischenfazit: Koordination von Engagement als empirisches Sichtfenster

Die Zielstellung dieses Kapitels war es, die Koordination als *Assembling*-Prozess zu beschreiben. Auf Basis meiner empirischen Erhebungen diskutierte ich, entlang welcher Policies, Diskurse und Institutionen Freiwillige Arbeit in die kommunale Asylpolitik und -verwaltung organisatorisch eingebettet wurde. Dabei habe ich in der Argumentation einen besonderen Fokus sowohl auf das Subsidiaritätsprinzip als auch auf *Prüfung* und *Planung* als institutionalisierte Vorgänge in der individuellen und strukturellen Organisation des Engagements gelegt.

Das Subsidiaritätsprinzip ist in der Fluchtforschung als Teil eines Dispositivs vernachlässigt worden. Die Eigeninitiative und Erfahrungen von Wirkmächtigkeit von Individuen findet in diesem Prinzip eine strukturelle Bestätigung. Diese analytische Bedeutungsaufwertung der Handlungen und Selbstdeutungen von Individuen setzt sich hier gedanklich nach Kapitel 2 und 3 fort. Dieses Kapitel leistet einen differenzierten Beitrag zur Diskussion um die *Gouvernementalität* von Engagement in der Hilfe für Geflüchtete, in der Freiwillige vor allem als staatlich gelenkte Lückenfüller betrachtet werden.

Ich habe daher in diesem Kapitel die Koordination von Engagement als konkrete Einbettungspraxis des freiwilligen Handelns empirisch untersucht. Dadurch wurde deutlich, dass Freiwillige durchaus in der Logik der Hilfsorganisationen zu einer Ressource wurden. Dies geschah insofern, dass ihre Arbeit essenziell notwendig für die Aufrechterhaltung der formellen und informellen Asylstrukturen war. Die Beschreibung der Institutionalisierung von *Prüfung* und *Planung* der Freiwilligen verdeutlichte, dass Verfahren entwickelt wurden, um die Einbindung der Freiwilligen zu erleichtern. Jedoch ist dies keine Geschichte staatlicher Lenkung: Die Institutionen wurden entwickelt, um die zahlreichen Interessensbekundungen zu koordinieren, also als Antwort auf den Wunsch der Menschen, teilzuhaben an den Geschehnissen ihrer Stadt. Der empirische Blick hat außerdem gezeigt, dass in der Praxis der »*Street Level Bureaucracy*« (Lipsky 1980) eigenständige Interpretationen dieser Verfahren und Regulierungen entwickelt wurden.

Nach diesen Ausführungen zur praktischen Koordination bleibt die Frage, welche Strukturen und Mechanismen sich hinter diesem empirischen Sichtfenster verbergen. Aus den Erkenntnissen dieses Kapitels ergeben sich weitere Fragen: Warum ist die Koordination überhaupt ein so diffiziles Aushandlungsfeld in der Praxis? Warum ist es so schwer, die Aufgabenfelder von freiwilligem Engagement und hauptamtlichen Strukturen zu definieren? Im nächsten Kapitel betrachte ich

diese Aufgabenverteilung zwischen Haupt- und Ehrenamt im Moment der kurzfristigen Nothilfe und danach. Im Kontext der fortgeschrittenen Phasen institutioneller Einbettung betrachte ich Prozesse wie Professionalisierung und Etablierung des Engagements.